heute von denen selbst sabotiert wird, die ihn am Schluß des Krieges als eine gerechte Belohnung (!) für die Opfer des arbeitenden Volkes begrüßt hatten.

Man sieht, jeder kommt auf seine Kosten. Aber nicht genug damit. „Die CGTU. hat die Zügel in der Aktion des 1. Mai fest in der Hand (!)", schreibt die „Vie ouvrière", „und wir werden diesen Tag eine andere Bedeutung geben als die alte CGT., indem wir nämlich einen neuen Vorschlag zur — Einheitsfront machen". Mit wem? Na natürlich mit der alten CGT., von der man sich doch eigentlich „bloß" auf dem Kongreß von St. Etienne getrennt hatte, weil sie reformistisch war. Aber für den 1. Mai langt sie noch. „In der Tat, die alte CGT. hat in ihrem Programm genau die gleichen Forderungen wie wir", fährt die „Vie ouvrière" fort, „sie will den 1. Mai die gleiche Wucht verleihen wie wir, was steht dem also eigentlich im Wege, diesen Tag gemeinsam zu begehen."

Wir glauben auch, es steht nichts im Wege, weder den 1. Mai zusammen zu feiern, noch sich gemeinsam in die Regierung zu setzen, noch gemeinsam revolutionäre Proletarier zu beglückwünschen. Und wenn die alte CGT. nicht genau so verlumpt wäre wie die neue CGTU., so konnte man sich beinahe über den Faustritt freuen, der die Antwort auf dieses Einheitsgewinsel sein wird.

England

Daß die Moskauer „Kommunisten" sich anschmieren, wo sie können und sich selbst durch einen gelegentlichen Herauswurf über die Vordertreppe nicht entmutigen lassen, die Hintertreppe wieder herauszukommen, beweist wieder einmal die Haltung der KPGrB. (Kommunistische Partei Groß-Britanniens) gegenüber dem irischen Konflikt.

Der Kampf der irischen Republikaner ging mehr um die Unabhängigkeit Irlands als um die Republik, d. h. er war rein nationalistisch irisch und hätte ebensogut um die Errichtung eines Königsreiches Irland gehen können. Der Kampf hat dieser Zeit sein Ende gefunden durch Errichtung des sog. irischen Freistaates von Englands Gnaden. Die Republikaner sind also geschlagen und werden augenblicklich „ausgerottet", erschossen, eingesperrt oder deportiert. Überflüssig nach Vorangegangenem zu betonen, daß diese Leute zum Klassenkampf so stehen wie die ostelbischen Junker. Was ist also natürlicher, als daß die KPGrB. eine Propagandawoche zu ihrer Gunsten veranstaltet hat!

Wen will man damit eigentlich bluffen? Die irisch-republikanisch-nationalistischen Großgrundbesitzer werden sich für diese Waffenbrüderschaft bestens bedanken. Und deren Arbeiter und Kuhhirten werden den Kommunismus daraufhin wahrscheinlich mit dem Katholizismus verwechseln. Was in bezug auf Moskau auch weiter kein Irrtum ist.

Russland

In Moskau hat ein Kongreß getagt. International natürlich. Es war allerdings schon Dezember vorigen Jahres und man wundert sich nur, daß bei der ungeheuren Bedeutung dieses Kongresses die Welt nicht schon früher davon erfahren hat. Es handelte sich nämlich um die — Konfektion. Als Resultat kam zunächst die Bildung eines Internationalen Propagandakomitees heraus. Dieses Komitee soll zunächst den Zusammenschluß aller nationalen Organisationen der Konfektionsarbeiter auf der Basis des Klassenkampfes propagieren. Sein Endziel ist die Gründung einer richtigen, internationale der Konfektionsarbeiter. — Nur immer lustig weiter so. Das schafft Posten und Pöstchen, die manchen Mann ernähren können, für Gegenleistung natürlich. Auf diese Konfektionsinternationale werden wir ja dann wahrscheinlich die Bäcker-, Schuster-, Maurer- usw. Internationale erleben. Vielleicht entschließt sich Moskau auch einmal zu einer Internationale der Lumpensammler, ich könnte auch ganz gut einen Posten gebrauchen. Und Lumpen weiß ich noch genug. Gerade in Moskau.

Oesterreich

Wien, 27. April. (TU.) Die arbeitlosen Kommunisten hielten heute vormittag vor dem Rathause eine Versammlung ab, in welcher sie gegen das Kompromiß in der Arbeitslosenfürsorge protestierten und in heftiger Weise gegen die bürgerlichen Parteien, jedoch auch gegen die Sozialdemokraten, welche das Kompromiß eingegangen waren, Einspruch erhoben. Nach Schluß der Versammlung zogen die Kommunisten, zirka 3000 an der Zahl, vor das Parlamentsgebäude und sandten eine Deputation zu den Parteiführern. Die Kommunisten nahmen vor dem Parlament eine immer drohender werdende Haltung an und versuchten schließlich, mit Gewalt in das Parlament einzudringen, wobei einige Fensterscheiben zertrümmert wurden. Die Polizei zerstreute die Demonstranten. Als sich diese jedoch wieder vor dem Parlament ansammelten und aus den Reihen der kommunistischen Arbeitslosen 3 Revolverschüsse abgegeben wurden, zog die Polizei blank und zerstreute die Demonstranten abermals. Zahlreiche Verhaftungen wurden vorgenommen.

Es ist schon immer so gewesen, daß die rebellierenden und hungrigen Proleten oben „Kommunisten" sind, und natürlich unschädlich gemacht werden müssen. So viel steht fest, wenn alle diejenigen, die in den Augen der satten Spießer als Kommunisten verschrien werden, in der Tat Kommunisten wären, würden den Herren Bourgeois der Ton im Halse stecken bleiben.

Aus der Internationale Essener und Berliner Richtung

VI.

Die AAU. ist eine Klassenorganisation des Proletariats. Sie hat als Grundlage die marxistische Theorie über den Klassenkampf. Von dieser Grundlage in Verbindung mit ihrer Darlegung müßten wir ausgehen bei der Bestimmung der Taktik der Union. Sogleich aber müssen wir bemerken, daß diese Voraussetzungen für ihre Bestimmung nicht genügend sind. Sie würden genügend sein, wenn die bisherigen Klassen- und Wirtschaftsorganisationen des Proletariats, die Gewerkschaften, nicht bestünden. Ihr Bestehen zwingt uns, bei der Bestimmung der Taktik der Union, die Tatsache in Betracht zu ziehen und als Ausgangspunkt zu nehmen, daß der Prozeß des Klassenkampfes sich nicht nur in den Verhältnissen, geschaffen durch die kapitalistische Gesellschaft, vollzieht, sondern, daß er sich auch in der Schale der bisherigen Organisationen entwickelt, in den Gewerkschaften. Bei diesen Verhältnissen wird der Klassenkampf nicht nur durch die Gegensätze des kapitalistischen Produktionsprozesses bestimmt, sondern auch durch die Gegensätze, die zwischen dem entwickelten Klassenkampf und den verknöcherten bürokratischen Gewerkschaften bestehen. Darum müssen wir bei der Bestimmung der Taktik der Union folgende Grundbestimmungen als Ausgangspunkt nehmen: Erstens, daß die Union eine Massenorganisation der Klasse sein soll, zweitens, daß sie als solche auf den wirklichen Prozeß des Klassenkampfes bezogen sein soll, drittens, daß der Prozeß des Klassenkampfes des Proletariats, nach den Ergebnissen seiner bisherigen Entwicklung, als ursprüngliche Form die Gewerkschaften hat. In den anderen Teilen dieses Artikels soll, kann es geschehen, daß der Klassenkampf des Proletariats in seiner Gesamtform an sich fortentwickelnder Prozeß ist. Seine Ursachen sind als Folgen des Kapitalismus zu betrachten (die eine Äußerung seines Wesens sind). Er wird unter der Losung für bessere Lebensbedingungen geführt, bis er sich in seiner Entwicklung in einen Kampf gegen den Kapitalismus selbst umwandelt — nicht gegen seine Äußerungen, sondern gegen sein Wesen. Die Formen und Phasen des Klassenkampfes widersprechen sich nicht, sondern ergänzen sich einander, sie entwickeln sich voneinander. Bei den heutigen Verhältnissen, wo die Gewerkschaften die herrschenden Organisationen sind, beginnt und entwickelt sich der Klassenkampf — innerhalb ihrer Organisationsform. Sie aber, wegen der herrschaftlichen, gewerkschaftlichen Bürokratie und der pazifistischen und konterrevolutionären Ideologie, die in ihrem Wesen liegt, führen diesen Kampf nur bis zu einer bestimmten Grenze — einer Grenze, die das Bestehen des Kapitalismus nicht gefährdet. Und darum stößt die sich neu entwickelnde Kampforganisation mit den reaktionären Gewerkschaftsorganisationen zusammen, und darum ist für ihre weitere Entwicklung die Abschaffung der alten Organisationsform und der sie beseelenden Ideologie notwendig. Der Gegensatz der zwischen dem lebendig fortentwickelten Inhalt und der alten Organisationsform besteht, äußert sich im Konflikt des Proletariats mit der Gewerkschaftsbürokratie. Der Kampf um ihre Abschaffung nimmt anfänglich die Formen eines Kampfes der revolutionären Proletarier gegen den Verrat der gewerkschaftlichen Bürokratie an.

Aus diesen Gegensätzen geht die Union hervor, als Idee und Organisation der bewußten revolutionären Arbeiter. Jedoch bedeutet ihre Geburt nicht das Verschwinden und die Abschaffung der Gewerkschaften. Die Union wird am Prozeß des Klassenkampfes teilnehmen noch während des Bestehens der Gewerkschaften, wobei der Klassenkampf bis zu ihrer Grenze geführt wird. Wenn man die Tatsache in Betracht zieht, daß der Klassenkampf in dem Rahmen der Gewerkschaften bis zu den Grenzen des Kapitalismus kommen kann (weiter lassen ihr die Gewerkschaften nicht gehen), wenn man ferner die Tatsache in Betracht zieht, daß die Union geboren als eine Organisation der Arbeiter, die die Notwendigkeit der Revolution erkannt haben und aus diesem Grunde in verschärftem Gegensatz mit den Gewerkschaften getreten sind und mit ihnen gebrochen haben, ist es klar, daß die Union sich als Aufgabe gestellt hat, den Kampf über die Grenzen des gewerkschaftlichen Kampfes auszudehnen. Von dieser Aufgabe wird auch die Taktik der Union bestimmt. — Die Taktik der Union entspricht der höchsten Phase in der Entwicklung des Klassenkampfes des Proletariats, während der Kampf der Gewerkschaften auf einer niedrigen Stufe der Entwicklung stehen bleibt. Diese niedrige Stufe des Klassenkampfes ist der zweite einzelne Konflikt, der Kampf für Besserung. Die Gewerkschaften führen, und sind bestrebt, diesen Kampf in diesen Grenzen zu halten, solange er das Bestehen des Kapitalismus nicht gefährdet. Die Union hat die Aufgabe, den Konflikt durch ihre revolutionäre und kompromißlose Agitation und Propaganda zu verschärfen, indem sie revolutionär und politisch die Führung des Konfliktes übernimmt. Die Union hat also nicht die Aufgabe Lohnkämpfe zu führen, daß bedeutet aber nicht, daß sie diesen Kampf nicht führen will, weil sich diese nicht in revolutionäre Kämpfe verwandeln könnten, wie die Essener „Theorie" behauptet. Diese Taktik der Union ergibt sich aus dem Bestehen der Gewerkschaften und der Rolle, welche diese in der Entwicklung des Klassenkampfes spielen. Die obige Taktik ist in der Berliner Resolution über die Taktik der Union, wie folgt formuliert:

IV. Der Befreiungskampf der Arbeiter ist ein Klassenkampf. Ausbrechende Kämpfe können deshalb nur von der Gesamtheitlichkeit der Betriebe, nicht durch Organisationen, seien es die Gewerkschaften, sei es die AAU., geführt werden. Das muß oberster Grundsatz bei allen unseren Handlungen sein.

Bricht nun in einem Betriebe ein Lohnstreik aus, so haben unsere Genossen in dem Betrieb zu versuchen, demselben Ziel und Richtung zu geben. Sie haben darauf hinzuwirken, daß, so nichtig es ist, daß die Arbeiterschaft den Kampf aufnimmt, sie durch diese Lohnbewegung der Betriebe, nicht durch Organisationen, kann, die morgen schon wieder durch erhöhte Preise aufgehoben sind, daß die Teuerung, der Wucher, die Steuern sofort die erkämpfte Lohnzulage wegfressen, daß es infolgedessen notwendig ist, um die Eroberung der politischen Macht und die Uebernahme der Produktionsmittel zu kämpfen, daß die Lösung nicht lauten muß: Verbesserung des Lohnsystems, sondern Abschaffung des Lohnsystems.

V. Die Belegschaft mit der Umstellung des Kampfes ins politische Fahrwasser einverstanden, so ist zur Leitung des Streikes von der Belegschaft ein Aktionsausschuß zu wählen, in dem keine gesetzlichen Betriebsratsmitglieder und gegen das Hineindringen verräterischer Gewerkschaftler sein dürfen, sondern einfache Arbeiter, gleichgültig welcher Parteirichtung. Innerhalb dieser Aktionsausschüsse haben die Unionsgenossen sich zur Fraktion zusammenzuschließen und die Führung der Kämpfe in die Hand zu nehmen. Durch die Führung der Kämpfe durch Aktionsausschüsse wird der Belegschaft das Bewußtsein eingeimpft, daß nur mit Durchbrechung aller Gesetze und nur gegen die Gewerkschaften und gesetzlichen Betriebsräte gekämpft werden kann.

Der Aktionsausschuß hat sofort zu versuchen, die Kampfbasis zu verbreitern. Er hat die Solidarität aller Betriebe auf der Grundlage des Kampfes um die Macht und Führung der Kämpfe durch Aktionsausschüsse anzurufen.

VI. Wählt die Belegschaft einzelner Betriebe Aktionsausschüsse zur Führung des Kampfes, und folgt sie unseren Parolen, gelingt es aber trotzdem nicht, den Kampf auszuweiten und auf eine breite Basis zu stellen, so müssen die vorhandenen Aktionsausschüsse versuchen, die revolutionäre Situation so weit wie möglich vorwärts zu treiben. Wie weit ihnen das gelingt, hängt natürlich nicht allein von ihrem Wollen, sondern von der Gesamtsituation ab. Sie haben sich aber dabei vor Augen zu halten, daß die Macht nicht durch einen einzelnen Betrieb gegen den Willen des Proletariats erobert werden kann.

VII. Weitet sich der Kampf nicht aus, und nimmt die Belegschaft von streikenden Betrieben unsere Losung nicht auf, wählen sie zur Führung des Kampfes keine Aktionsausschüsse, so haben unsere Genossen keinerlei Streikfunktionen zu übernehmen (z. B. in die Streikleitung eintreten, Streikposten stehen), haben den Verrat der Gewerkschaften zur Hand dieses Kampfes dauernd darzulegen, haben aber im übrigen selbstverständlich Solidarität zu üben.

VIII. Erst die Eroberung der politischen Macht und der Kampf um die Uebernahme der Produktionsmittel ermöglicht die Lösung aller wirtschaftlicher Probleme. (Meine Kursiv bleibt erhalten.)

Diese Taktik ist die richtige und einzige mögliche revolutionäre Taktik, sie raubt der Union von ihrem Inhalt nichts, und verwandelt diese nicht in ein ohnmächtiges Gebilde bei den täglichen Kämpfen zwischen Kapital und Arbeit, zu dem die Essener „Theorie" die Union macht, indem sie den Arbeitern der Union empfiehlt, als Einzelperson an den Kämpfen teilzunehmen, ohne die Union als Organisation in Anspruch zu nehmen. Im Gegenteil hat die Union die Aufgabe, an diesem Kampf als Organisation teilzunehmen und alles zu tun, diesen Kampf zu vertiefen, damit er zur Eroberung der Macht führt. Diese Taktik, wie sie in der Berliner Resolution zum Ausdruck kommt, ist revolutionär und marxistisch (sie hat als Grundlage die marxistische Theorie des Klassenkampfes). Die Essener Theorie ist reaktionär, weil sie die Rolle der Union im Kampfe zwischen Kapital und Arbeit als Null betrachtet, wo einzig und allein man von revolutionärer Betätigung reden kann, sie ist eine Utopie, weil sie als Grundlage nicht die marxistische Theorie des Klassenkampfes hat, und überhaupt nicht auf dem Klassenkampf beruht.

Mitteilungen

„KAZ."-Preise

Der Preis für die erste Hälfte des Mai bleibt unverändert, sie umfaßt 4 Nummern (34—37):

Einzelexemplar	**20 Pf.**
Abrechnungspreis an den Verlag pro Exemplar	**15 Pf.**
Halbmonats-Abonnement	**75 Pf.**
Halbmonats-Abonnement (Einzel-Nr.) durch die Post	**90 Pf.**

Wir wiesen die Zeitungskassierer der Ortsgruppen wiederholt darauf hin, daß bis spätestens 15. bzw. 1. jeden Monats die vorhergehenden Nummern des halben Monats auf unser Postscheckkonto, Berlin 490 29, eingezahlt sein müssen. Jede spätere Zahlung bedeutet infolge der dauernden Geldentwertung Mindereinnahmen und Schädigung der „KAZ.". Rückstände, von mehr als 4 Nummern haben ohne vorherige Mitteilung Streichung von der Bezieher-Liste zur Folge, dasselbe gilt auch für Einzel-Bezieher durch die Post, die nicht bis 5. bzw. 20. jeden Monats ihr Halbmonats-Abonnement abgesandt haben. Die Genossen ersuchen wir, stets bei Beginn eines neuen Monatsabschnittes zu prüfen, ob ihnen das richtige Abonnementsbetrag zur Zeit an den Verlag noch für derselben zur pünktlichen Abrechnung an den Verlag noch für Lager.

Der Verlag.

Obwohl wir vorherige Mitteilungen an die Ortsgruppen u. a. auch Ladwigshafen mit ihren Zahlungen derart im Rückstande, daß wir auch ergebenste Mahnung dieselben ab 1. Mai nicht mehr belieferte.

Die Mai-Nummer der „KAZ." muß von den Berliner Zeitungs-Obleuten so schnell als möglich abgerechnet werden. Wenn auch nur eine teilweise Abrechnung möglich ist, so muß diese erfolgen. Am Sonnabend, den 5. Mai ist dann auch der evtl. Restbetrag abzurechnen. Wir weisen nochmals darauf hin, daß der Verlag am 1. Mai von 8 bis 10 Uhr vormittags geöffnet ist, um Gelegenheit zu bieten, auch an diesem Tage noch Mai-Nummern zu entnehmen.

13. Bezirk, Charlottenburg. Genossen des 13. Bezirks treffen sich am 1. Mai, nachmittags, im „Volksgarten", Tegeler Weg. Gäste willkommen.

Presseleute

Von Grabsch 100; von Ungelenk 2000; von Rohde, Kupferhammer, 700; von Müller, Kupferhammer, 200; von Kanschke, Eberswalde, 200 Mark.

„Rote Jugend" Nr. 5

Soeben erschienen:

Aus dem Inhalt: An das Jungproletariat. — Die Zertrümmerung des bürgerlichen Staates. — Kampftag oder Feiertag? — Reichskonferenz der Kommunistischen Jugend. — Politische Rundschau u. a. m.

Preis 150,— Mark

Der Verlag der KAPD., Landsberger Str. 6, ist am 1. Mai von vormittags 8 bis 10 Uhr geöffnet.

Verantwortlicher Redakteur: Arthur Liers, Neukölln. Verlag der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands. — Inhaber Emil Schubert, Charlottenburg. — Druck: Buch- und Kunstdruckerei Karl Bergmann, Berlin S 42, Oranienstraße 160

Bestellschein:

Der Unterzeichnete bestellt hiermit die

„Kommunistische Arbeiter-Zeitung"

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

Abonnementspreis für die 1. Mai-Hälfte 780,—

Durch die Post für die 1. Mai-Hälfte 900,—

Name:

Ort: Str. Nr.

Quergeb.: Hinterh.: Vorderhaus:

Diesen Bestellschein bitten wir an den Verlag der „KAZ", Berlin NO 18, Landsberger Straße 6, in offenem Kuvert als „Drucksache" mit 20 Mark frankiert einzusenden.

4. Jahrg. Nr. 34. Preis 200 Mk.

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Berlin-Brandenburg

Die Zeitung erscheint zweimal wöchentlich. — Zu beziehen durch die Bezirks-Organisationen, im Strassenhandel, bei allen Postanstalten und durch den Verlag der KAPD., Berlin NO 18, Landsberger Strasse 6.

Redaktion und Verlag: Berlin NO 18, Landsberger Str. 6
Geöffnet täglich von 9—12 und 1—6 Uhr. Sonntags geschlossen.
Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 49029.

Abonnementpreis für die erste Mai-Hälfte 780 Mk. Einzel-Exemplare erste Mai-Hälfte (durch die Post innerhalb Deutschlands 900 Mk. Nach dem Ausland 4000 Mk. monatlich.

Vorwärts!

Die Zeit wäre für einen Revolutionär unerträglich, wenn — wenn der Kapitalismus nicht so brutal und rücksichtslos alle Illusionen selbst zerfetzen würde. Es war eine kurze Selbsttäuschung zum 1. Mai, und alle reaktionären Gewalten gaben sich auf dem Lumpenball sozialdemokratischer Geschichtsklitterei ein kurzes Stelldichein.

Die Wirtschaftskrise wirft ihre Schatten tief ins Land. Der Hunger bohrt seine Krallen immer verderbenbringender in das vom Sturm gepeitschte Proletariat. Mit Grauen denkee die Lohnsklaven an den nächsten Tag; die Unsicherheit des Einzelnen, sowie der ganzen Proletarierklasse steigert sich bis zur völligen Vernichtung. Die Kürzung der wahrhaft kärglichen Hungerration um ein Fünftel, durch den für die Profitnotwendigkeiten fällig gewordenen Marksturz wird noch als Erfolg in die Welt posaunt. Die deutsche Regierung brütete schon Wochen über ihrem neuen Angebot. Und alle Spatzen pfeifen es bereits von den Dächern, daß dieses Angebot nur ein Mittel ist, durch die sicher erwartete Ablehnung die nationalen Leidenschaften aufs neue aufzupeitschen, um der Arbeiterklasse neue Schläge, wenn irgend möglich im chloroformierten Zustande versetzen zu können. „Lohnerhöhungen" haben neuen Marksturz zur Folge", so tönt es aus dem Munde der Industriegewaltigen den vertatterten Gewerkschaftsbesitzern entgegen. „Neuer Marksturz erschüttert die Front im Westen, und stellt unsere Zahlungen vollends zur Frage", so tönt es zurück, „gibt ihnen den Rat, feiert ein großes Fest mit Musik und Paukenschlag und haltet Reden über Völkerversöhnung, Frieden, Freiheit, Demokratie.

Laßt eure Wünsche auf Papptafeln schreiben, und singt die „Internationale". Uns ist es recht. Die Hauptsache ist, daß ihr in den Krieg um den heiligen Profit treu an unserer Seite steht. Dann ist nötig, daß ihr die Proletarier mit Hoffnung erfüllt. Millionen Proletarier standen so angetreten und hörten sich die Botschaft bankrotter Politikanten in kleinbürgerlicher Heldenverehrung und verderbenbringender Vertrauensseligkeit an. Jeder sollte auf seine Kosten kommen; wer sich als „Klassenkämpfer" erster Güte produzieren wollte, konnte auf Wunsch unter dem Kommando der 3. Internationale marschieren, eingereiht in „proletarische Hundertschaften".

Das Festprogramm war von auserlesenen Kräften aufgesetzt. Kautsky schrieb den Leitartikel, und ihm folgten die Prominenten der 2. Internationale. Und da man mit dem neuen Betrug der Wiedervereinigung der 2. mit der Zweieinhalb nicht vollständig zu befriedigen glaubte, mußte man zu dem „Friedenswerk", das man sich vorgenommen hat, noch so nebenbei Stellung nehmen. Für dieses Friedenswerk teilt der Spezialist Vandervelde die Arbeit ein, indem er im „Malvorwärts" verkündet:

„Die englischen Sozialisten z. B. haben die von Keynes siegreich durchgeführte Beweisführung zu vollenden, zu vervollständigen und zu propagieren, wonach es nicht nur ungerecht ist sondern auch den wirklichen Interessen Englands zuwiderläuft, Frankreich die Bezahlung seiner Kriegsschulden aufzwingen zu wollen, während letzteres die volle Wiedergutmachung seiner Schäden nicht zu erlangen vermag.

Die deutschen Sozialisten haben ihre Bemühungen fortzusetzen, um die Regierung Cuno zu veranlassen, sobald wie möglich Verhandlungen einzuleiten und ein für allemal auf Methoden zu verzichten, die aus dem Wunsch zu entspringen scheinen, der moralischen und vertragsmäßigen Verpflichtung zu Reparationen zu entgehen.

Die belgischen und französischen Sozialisten endlich müssen unablässig zugleich die Ungerechtigkeit und die Sinnlosigkeit einer Politik brandmarken, die, weit davon entfernt, die Reparationen zu sichern, sie nur noch schwieriger gestalten."

Gebet dem Kapitalismus, was des Kapitalismus ist und den Herren Sklaventreibern, was ihnen gebührt. Man ist höhnisch bedacht auf die Interessen des Kapitalismus jeden Landes, und da jeder Kapitalismus auf Kosten der anderen, und der Kapitalismus als solcher nur noch auf Kosten des Proletariats sein Dasein fristen, seine Lebensdauer verlängern kann, ist man über die Politik in ihrer Grundtendenz natürlich vollkommen einig. Warum soll dem der proletarische Selbstmord nicht international forciert und durchgeführt werden können?

Riesige Arbeit, der Anspannung aller revolutionären Energien wird es bedürfen, um dem Proletariat, das unter dem Donner des kapitalistischen Zusammenbruches seiner Illusionen immer aufs neue betäubt, den endgültigen Ausbruch zu sichen, wenn Geschichte wirklich selbst in die Hand zu nehmen. Die Diskreditierung der russischen Revolution und der revolutionären Erfahrungen durch die „Sowjet"regierung liefert den Menschewiki und Sozialpatrioten ungeheure Mengen Wasser auf ihre Mühlen. Es ist die Tragödie des im entscheidenden Moment ringenden Proletariats, daß die Wände der internationalen kapitalistischen Zwingburg gerade da am ersten durchstoßen werden, wo sie am schwächsten sind, wo aber einer Stoß nur den Auftakt des Triumphes der Weltrevolution bilden könnte, wenn das in den Industrieländern zusammengeballte Massenproletariat die Zeichen der Zeit frühzeitig genug zu erkennen vermochte. Im umgekehrten Falle müßte die einstige Kraft- und Lichtquelle zu einem Hemmnis, zu einem moralischen und politischen Schlag werden. Sie ist es geworden, und die Lähmung der revolutionären Initiative in Zeiten der tiefsten und tödlichen Krise im alten Europa, ist heute das A und O der Politik der 3. Internationale.

Ist jener tote Punkt überwunden, ist erst durch die Entwicklung der sich heranbildenden Bauernklasse in Rußland einerseits, und durch den grandiosen Anschauungsunterricht des kapitalistischen „Aufbaus" anderseits das Band mit der russischen Bourgeoisie zerrissen, so wird beim nächsten Anlauf auch die gewerkschaftliche und sozialdemokratische Zitadelle erschüttert und zum Zusammenbrechen verurteilt sein. Wird sich das Proletariat auf das unvergleichliche Vorbild der Pariser Kommune, der russischen Oktoberrevolution erinnern, und begreifen, daß ein Entfliehen in sozialdemokratische und neukommunistische Utopistereien nur die Qualen der Arbeiterklasse steigern und verlängern muß, und daß es trotz alledem gilt, vorwärts zu marschieren.

Das „Friedensangebot"

Die deutsche Regierung hat nun ihren Friedenswillen kundgegeben. In einer langen und von moralischer Entrüstung strotzenden Note erklärte sie:

1. Die Gesamtverpflichtung Deutschlands zu finanziellen und Sachleistungen aus dem Vertrage von Versailles wird auf dreißig Milliarden Goldmark festgesetzt, die mit zwanzig Milliarden bis zum 1. Juli 1927, mit fünf Milliarden bis zum 1. Juli 1929 und mit fünf Milliarden bis zum 1. Juli 1931 durch Ausgabe von Anleihen zu normalen Bedingungen auf den internationalen Geldmärkten aufzubringen sind.

1. Die ersten zwanzig Milliarden Goldmark werden sofort zur Zeichnung aufgelegt. Die Anleihezinsen bis zum 1. Juli 1927 werden aus dem Anleiheerlös entnommen und in einem von der Reparationskommission zu bearbeitenden Fonds sichergestellt. Soweit die zwanzig Milliarden Goldmark bis zum 1. Juli 1927 nicht durch Anleihen aufgebracht werden können, sind sie von diesem Zeitpunkt ab mit 5 Prozent zu verzinsen und mit 1 Prozent zu tilgen.

2. Falls die beiden Beträge von je fünf Milliarden Goldmark bis an den dafür vorgesehenen Terminen in Anleihewegen zu normalen Bedingungen nicht voll aufzubringen sind, soll eine unparteiische internationale Kommission darüber entscheiden, ob, wann und wie der nicht gedeckte Rest aufzubringen ist. Die gleiche Kommission soll im Juli 1931 auch darüber entscheiden, ob, wann und wie für die Zeit vom 1. Juli 1923 an die zunächst nicht vorgesehenen Zinsen nachträglich aufzubringen sind. Als unparteiische internationale Kommission soll gelten entweder das Anleihekonsortium, das die ersten 20 Milliarden Goldmark gezeichnet hat, oder ein dem Vorschlage des Staatssekretärs Hughes entsprechendes Komitee von internationalen Geschäftsleuten, in dem Deutschland gleichberechtigt vertreten ist, oder ein Schiedsgericht, bestehend aus je einem Vertreter der Reparationskommission und der deutschen Regierung sowie einem Obmann, im dessen Ernennung, falls sich die beiden anderen Mitglieder über seine Person nicht einigen, der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika gebeten werden soll.

3. Deutschland wird in Anrechnung auf seine Schuld nach den Bestimmungen der bestehenden Verträge Sachleistungen ausführen, über deren Ausmaß nähere Vereinbarungen vorbehalten bleiben.

Das heißt auf gut deutsch: Uns kann es recht sein, wenn das ausländische Kapital mehr für die Republik übrig hat, wie das deutsche Kapital selbst, und die Anleihe zeichnet. Die deutschen Kapitalisten werden sich schön hüten (siehe Dollarschatzanleihe). Das Angebot wird also bekanntlich nie kommen, denn über den Versuch, das ausländische Kapital beim voraussichtlichen Fehlschlagen dieser „Anleihe" als Finanzkonsortium zum Kopfzerbrechen zu verurteilen, um sich selbst ins Fäustchen zu feixen, wird natürlich die ganze Welt lachen. Und die deutsche Republik hat wieder ein Mittel, das Proletariat durch seinen „Friedenswillen" zu verhöhnen.

Die labile Stützungsaktion

Dem Ansturm der Schwerindustrie und der Spekulation ist es geglückt, die Stützungsaktion zu untergraben. So lautet das Gejammer des auf republikanischen Patriotismus abgestellten deutschen Blättern aldes, der bis zur KPD., reicht. 500 Millionen Goldmark hat das Reich verpulvert, eine Bereicherung und Stärkung der Großindustrie und Banken auf Kosten des Reiches, stellt die „Rote Fahne" als Resultat der Stützungsaktion fest. Sie hat recht, sich darüber zu beklagen, denn dies Geld geht der Arbeiterregierung verloren und es schwindet damit die Möglichkeit immer mehr, das Deutsche Reich kapitalistisch wieder aufzubauen. Es wird nämlich verfluucht schwer halten, von dem deutschen Kapital diesen Band mit der russischen Bourgeoisie zerrissen, so wird beim nächsten Anlauf auch die gewerkschaftliche und sozialdemokratische Zitadelle erschüttert und zum Zusammenbrechen verurteilt sein. Wird sich das Proletariat auf das unvergleichliche Vorbild der Pariser Kommune, der russischen Oktoberrevolution erinnern, und begreifen, daß ein Entfliehen in sozialdemokratische und neukommunistische Utopistereien nur die Qualen der Arbeiterklasse steigern und verlängern muß, und daß es trotz alledem gilt, vorwärts zu marschieren.

Das „Friedensangebot"

Die deutsche Regierung hat nun ihren Friedenswillen kundgegeben. In einer langen und von moralischer Entrüstung strotzenden Note erklärte sie:

1. Die Gesamtverpflichtung Deutschlands zu finanziellen und Sachleistungen aus dem Vertrage von Versailles wird auf dreißig Milliarden Goldmark festgesetzt, die mit zwanzig Milliarden bis zum 1. Juli 1927, mit fünf Milliarden bis zum 1. Juli 1929 und mit fünf Milliarden bis zum 1. Juli 1931 durch Ausgabe von Anleihen zu normalen Bedingungen auf den internationalen Geldmärkten aufzubringen sind.

1. Die ersten zwanzig Milliarden Goldmark werden sofort zur Zeichnung aufgelegt. Die Anleihezinsen bis zum 1. Juli 1927 werden aus dem Anleiheerlös entnommen und in einem von der Reparationskommission zu bearbeitenden Fonds sichergestellt. Soweit die zwanzig Milliarden Goldmark bis zum 1. Juli 1927 nicht durch Anleihen aufgebracht werden können, sind sie von diesem Zeitpunkt ab mit 5 Prozent zu verzinsen und mit 1 Prozent zu tilgen.

2. Falls die beiden Beträge von je fünf Milliarden Goldmark bis an den dafür vorgesehenen Terminen in Anleihewegen zu normalen Bedingungen nicht voll aufzubringen sind, soll eine unparteiische internationale Kommission darüber entscheiden, ob, wann und wie der nicht gedeckte Rest aufzubringen ist. Die gleiche Kommission soll im Juli 1931 auch darüber entscheiden, ob, wann und wie für die Zeit vom 1. Juli 1923 an die zunächst nicht vorgesehenen Zinsen nachträglich aufzubringen sind. Als unparteiische internationale Kommission soll gelten entweder das Anleihekonsortium, das die ersten 20 Milliarden Goldmark gezeichnet hat, oder ein dem Vorschlage des Staatssekretärs Hughes entsprechendes Komitee von internationalen Geschäftsleuten, in dem Deutschland gleichberechtigt vertreten ist, oder ein Schiedsgericht, bestehend aus je einem Vertreter der Reparationskommission und der deutschen Regierung sowie einem Obmann, im dessen Ernennung, falls sich die beiden anderen Mitglieder über seine Person nicht einigen, der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika gebeten werden soll.

3. Deutschland wird in Anrechnung auf seine Schuld nach den Bestimmungen der bestehenden Verträge Sachleistungen ausführen, über deren Ausmaß nähere Vereinbarungen vorbehalten bleiben.

Das heißt auf gut deutsch: Uns kann es recht sein, wenn das ausländische Kapital mehr für die Republik übrig hat, wie das deutsche Kapital selbst, und die Anleihe zeichnet. Die deutschen Kapitalisten werden sich schön hüten (siehe Dollarschatzanleihe). Das Angebot wird also bekanntlich nie kommen, denn über den Versuch, das ausländische Kapital beim voraussichtlichen Fehlschlagen dieser „Anleihe" als Finanzkonsortium zum Kopfzerbrechen zu verurteilen, um sich selbst ins Fäustchen zu feixen, wird natürlich die ganze Welt lachen. Und die deutsche Republik hat wieder ein Mittel, das Proletariat durch seinen „Friedenswillen" zu verhöhnen.

Oeffentliche Versammlung

Dienstag, den 8. Mai, abds. 7 Uhr

Neukölln, Schulaula, Kaiser-Friedrichstr.

Thema:

Arbeiterregierung oder proletarische Diktatur?

Oeffentliche Mai-Versammlungen

am 1. Mai, vormittags 10 Uhr:

Osten, Andreas-Festsäle, Andreasstr. 21
Norden, Feibels Festsäle, Kolbergerstr. 23
Neukölln, Kliems Festsäle, Hasenheide
Charlottenburg, auf dem Luisenplatz
Weissensee, Albrechtshof, Parkstr. 16
Nowawes, im Park Babelsberg

schaft. Die Verhandlungen sind schon im Gange. Die Ablösung vom Reich soll möglichst schnell und gründlich erfolgen. Dazu gehört, daß es bis zum letzten ausgeplündert wird. Die Schwerindustrie wird deshalb die labile Taktik fortsetzen trotz alles Geschreis der Sozialdemokratie und der „Kommunisten". Das Schicksal der Ruhraktion hängt nicht mehr allein von dem Kampf mit dem französischen Kapital ab, sondern wird in London entschieden. Dadurch fällt das Interesse an einem Durchhalten fort. An dessen Stelle tritt eine Stärkung der eigenen Kapitalmacht, die dann bei den späteren direkten Verhandlungen mit dem französischen Kapital in die Wage geworfen werden soll.

Das englische Diktat bereitet sich langsam vor. Ein wichtiger Schritt vorwärts war die Rede Lord Curzons, die der „Vorwärts" als ein „Etappenziel erreicht" so vollkommen begriffsstutzig begrüßte. Er freute sich, daß die Einsicht schon marschierte und Verhandlungen in Sicht seien. Er merkte gar nicht, daß nur das französische Kapital ein Etappenziel auf seinem Wege zur Eroberung des Ruhrgebietes erreicht hatte. Die Aufforderung zur Abgabe eines Angebotes an das deutsche Kapital sollte nur die Möglichkeit bieten, ohne ein Diktat auszukommen und die Verantwortung für ein Diktat in den Fall, daß das Gebot zu niedrig ausfallen sollte, dem deutschen Kapital aufzuladen. Die Sozialdemokratie will jetzt das deutsche Kapital veranlassen, einen anständigen Betrag zu bieten. Sie hat aber damit wenig Erfolg. Die deutsche Regierung kommt auf den alten schon als unzulänglich abgetanen Bergmannschen Vorschlag zurück und hält ihn auch noch für reichlich hoch, da sie die Verluste durch die Ruhrbesetzung zu einer schweren Erschütterung der deutschen Wirtschaft geführt haben. Die einzige Hilfe für die Sozialdemokratie liegt in dem neuen Staatsmann Stresemann, der sich schon mit dem besseren Angebot zur Stelle meldet. Er wird der neue rote Kanzler. Es ist ganz merkwürdig, daß der jedesmalige Kanzler der Mann der Sozialdemokratie ist. Der Grund ist sehr einfach, dieser Mann hat die Rolle des Wollenden, aber leider Nichtkönnenden zu spielen. Er ist der anständige Direktor der Aktiengesellschaft, der gerne zahlen möchte, der dazu aber nicht in der Lage ist, weil die bösen Aktionäre nicht bewilligen wollen. Die Arbeiter sehen in diesem Herrn Direktor ihren natürlichen Bundesgenossen und merken nicht das Falschspiel — daß er nur der vorgeschobene Mann ist. Sie urteilen nur nach seinen Worten und nicht nach seinen Taten. So wirtschaftet ein roter Kanzler nach dem anderen ab, nur unverändert bleibt der schöne und reine Gottesglaube der Sozialdemokratie. Sie wird ihn auch weiter pflegen, weil sie sonst zu einer revolutionären Einstellung kommen müßte. Sie muß versuchen, das deutsche Kapital zu bewegen, die notwendigen Opfer für die Reparationen aufzubringen. So redet sie ihm jeden Tag zu. Der Erfolg ist, daß das Kapital um so zugeknöpfter wird.

Die KPD. ist etwas energischer, sie verlangt Erfassung der Sachwerte durch eine Arbeiterregierung. Sie weiß dabei ganz genau, daß das Kapital einer Arbeiterregierung, die kapitalistisch regieren will, nie ein solches Recht einräumen wird. Es wird doch Arbeitern nicht mehr geben, als es seinen eigenen Lakaien gegeben hat und geben wollte. Die einzige Entschuldigung ist, daß sie hofft, auf diesem Umweg zur Revolution zu kommen. Es macht dabei die Rechnung ohne den Wirt, seine Verbündeten, die sich heute schon gegen einen solchen Eingriff durch Errichtung eigener Hundertschaften zur Wehr setzen. Die Revolution über die Hintertreppe ist ein so lächerlicher und vollkommen unmarxistischer Gedanke, als daß es sich verlohnen würde, dabei noch länger zu verweilen, wenn diese Parole nicht gefährliche Illusionen im Proletariat wecken würde. Sie bedeutet einen Mangel an Mut, um nicht das Wort Feigheit zu gebrauchen. Man spekuliert auf eine konstruktive Revolution, weil man eine bewußte scheut.

Eins steht nur fest, daß weder der Weg des Paul Levi weder in der SPD.- noch in der KPD.-Form das Proletariat aus der jetzigen Lage herausführen kann. Er führt nur immer tiefer in den kapitalistischen Sumpf hinein. Dies ist die Lehre der bisherigen Entwicklung. Das Proletariat muß sich von der Bourgeoisie trennen und seinen eigenen Weg gehen, den Weg der Revolution. Es kann uns gleichgültig sein, ob labile (bewegliche) oder starre Stützungsaktion gemeint werden soll. Die Aussichten der proletarischen Revolution ändern sich nicht dadurch, ob der Staat 500 Millionen Goldmark weniger und die Schwerindustrie um diesen Betrag mehr hat. Das sind nur Erwägungen von Leuten, die eine Revolution nach kapitalistischen Lettmotiven beurteilen. Die weitere Entwicklung, die nach zwangsläufigen Gesetzen fortschreitet, und die Existenz der Arbeiterklasse immer mehr untergräbt, wird dem Proletariat letzten Endes keine andere Wahl lassen als durch die revolutionäre Tat den gordischen Knoten zu durchschlagen.

Der Weg Russlands

Der 12. Kongreß der KPR. ging zu Ende. Karl Radek veröffentlicht in der „Roten Fahne" zwei Artikel, die die leitende Linie dieses Kongresses aufzeigen, und es lohnt wohl der Mühe, an dieser Stelle darauf einzugehen.

Der „große Bruder im Osten" ist die Illusion, die am schwersten aus den Köpfen der revolutionär empfindenden Proletarier zu vertreiben ist; ganz natürlich, daß der heroische Ansturm des russischen Proletariats als erstes Anzeichen der Weltrevolution bis heut in den Herzen aller Revolutionäre nachklingt. Und die Propaganda der 3. Internationale sorgt dafür, daß dieser Akkord wie von einem Pedal festgehalten, weiterklingt, trotzdem in Rußland jetzt längst ein anderes Thema angeschlagen ist. — So spricht es aus dem Sprachrohr der 3. Internationale:

Denen, die über eine Bauerntendenz in der Partei, über eine Entartung der KPR. in eine Bauernpartei schwatzen und darüber sprechen, daß die Interessen des Proletariats den Interessen der Bauernschaft zum Opfer gebracht werden, hat Genosse Lenin in seinem Artikel vom 2. März geantwortet, wo er klar sagte, daß der verelendete bäuerliche Gaul Rußland auf den ebenen Weg hinaufzubringen haben wird.

Und Lenin, der große Realpolitiker, hat recht, seine Politik so zu rechtfertigen — er hat dazu das Recht des russischen Staatsmannes. Auch dieser Revolutionär entgeht nicht dem Schicksal, daß „das gesellschaftliche Sein des Menschen sein Bewußtsein bestimmt." Lenin, der Revolutionär, gehört der Vergangenheit Rußlands und der Zukunft des Kommunismus. — Lenin, der Staatsmann, gehörte der Gegenwart Rußlands und der Zukunft des russischen Staates. Und er dient ihr, kühl, zielbewußt, wie er es als Realpolitiker nach dem Versagen der deutschen Revolution tun muß.

Das ökonomische Fundament Rußlands bildet die Landwirtschaft. Geben wir darüber einiges Zahlenmaterial:

Rußland erzeugte in dem Zeitraum 1909 bis 1913 mehr als ein Viertel der jährlichen Getreideernte der ganzen Welt. Es exportierte im Durchschnitt 8,7 Millionen Tonnen Getreide (Weizen, Roggen, Hafer und Gerste. In Jahr, 1. mehr als der Gesamtexport aus Kanada, den Vereinigten Staaten und Argentinien zusammen betrug, von dem Europa jetzt tatsächlich mit seiner ganzen Getreideeinfuhr abhängt. 1913 stieg der Export von Getreide sogar auf über 10 Millionen Tonnen.

Gleichzeitig lieferte Rußland an Europa nahezu 8 Millionen Tonnen Holz, 6 276 000 Stück Vieh (Rußland besaß über 25 Millionen Ziegen, 37 Millionen Rinder, 45 Millionen Schafe usw.) und seine Meierei-Industrie hatte im Lauf nur weniger Jahre einen außerordentlichen Aufschwung genommen. Der Export von Butter aus Westsibirien, der im Jahre 1898 sich auf 2000 Tonnen belief, stieg im Jahre 1904 auf 33 000 Tonnen, im Jahre 1913 auf 850 000 Tonnen. In den Monaten Juni und Juli verließen jede Woche 10 bis 14 Butterzüge von je 25 Wagen Sibirien.

Zwischen den Jahren 1907 und 1911 wurden jährlich 300 000 bis 350 000 Tonnen Hanf und vor allem Flachs in das Ausland geschickt.

Der Abbau dieser landwirtschaftlichen Produktion begann schon während des Krieges, der der Landwirtschaft eine ungeheure Menge des wertvollsten Menschenmaterials entzog und die ohnehin unzureichenden Transportmittel Rußlands von allen Dingen in den Dienst des Krieges stellte. Katastrophal wurde dieser Rückgang infolge der Novemberrevolution, die als Erbe der Kerenskiregierung den Bauern Land geben mußte, um überhaupt Fuß fassen zu können, dann aber die Produkte des Landes zwangsweise enteignete. Der Bauernaufstand reagierte darauf mit der Gesetzesübertretung. Darüber gibt folgende Zusammenstellung Aufschluß:

Das Getreide in Rußland (außer Kaukasus und Turkestan).

	Anbaufläche in Millionen Hektar	Ernte in Millionen Tonnen
1916	90,8	65,9
1920	62,5	28,9
1921	54,0	26,2
1922	49,5	33,6

Die Tatsache, daß die bestellte Fläche von 1921 bis 1922 trotz der neuen Wirtschaftspolitik zurückgegangen ist, ist auf die Hungersnot infolge der fürchterlichen Trockenheit im Jahr 1921 in den Wolgagebieten und der südlichen Ukraine zurückzuführen.

Auch der Flachsbau hat bedeutend abgenommen. Vor dem Kriege standen ungefähr einelnhalb Millionen Hektar unter Flachs und die jährliche Ernte betrug 416 000 Tonnen mit einem Wert von 160 Millionen Goldrubel. Ein Teil der Ernte wurde von der russischen Textilindustrie verbraucht. Der Rest bildete einen wertvollen Exportartikel, der an Wichtigkeit stark zunahm und dem Rußland fast das Monopol einnahm. Als die Bolschewiki-Revolution ausbrach, war der Flachsbau schon um die Hälfte zurückgegangen, und dieser Rückgang setzte sich von 1917 bis 1921 folgendermaßen fort:

Rußlands Flachs.

Jahr	Anbaufläche (in Tausenden von Hektar)	Ernte in Tonnen
1917	854	195 000
1918	836	175 000
1919	604	84 000
1920	529	75 000
1921	440	100 000

Obwohl die Ernte im Jahre 1921 zunahm, hat die Flachsanbaufläche abgenommen. Die Ursache dieses Rückganges war, daß der Preis für Lebensmittel während der Zeit dieser Hungersnot viel höher stieg als derjenige für Industrieerzeugnisse. Während vor dem Kriege ein Kilogramm Flachs 5 Kilogramm Roggen wert war, war 1920 ein Kilogramm Roggen 2 Kilogramm Flachs wert und 1921 sogar fünfeinhalb Kilogramm.

Es lag daher nicht im Interesse der Bauern, Textilprodukte zu erzeugen. Nach der Ernte des Jahres 1922 erreichte der Preis der Textilstoffe wieder die gleiche Höhe wie die Lebensmittel und überschritt alsdann dieses Niveau ganz bedeutend. Während am ersten Februar 1922 der Preis für Lebensmittel 34 Millionen mal höher war als vor dem Kriege, war der Preis der Textilwaren 40 Millionen mal höher.

1922 begann die Flachsanbaufläche sich zu vergrößern. Nach einem Bericht, der am 1. 9. 1922 vom Obersten Volkswirtschaftsrat zugesandt worden ist, befriedigte die auf dem Markt angebotene Flachsmenge zwar zu dreimal die Aufnahmefähigkeit der russischen Textilindustrie, obwohl diese ihre Erzeugung an Flachsgarn um 82 Prozent im Vergleich zu der in den vorhergehenden Jahren vermehrt hatte. Aber es herrschte Mangel an Kapital. Die Regierung hat den Export von Flachs auf 40 000 Tonnen für das Jahr 1923 herabgesetzt. In den ersten 10 Monaten des Jahres 1922 betrug er nur 29 000 Tonnen und in den entsprechenden Monaten 1922 belief er sich auf 29 200 Tonnen.

Diese Zahlen entstammen einer Denkschrift des Völkerbundes. Die offiziellen Zahlen der Sowjetbehörden geben ungefähr das gleiche Bild.

Der 12. Kongreß der KPR. beweist nun, daß Rußland, nach dem Versagen der deutschen Revolution, sich unter Führung der ehedem kommunistischen Bolschewiki entschlossen „als Nation konstituiert hat" — und zwar als eine Nation, deren Mehrheit der agrarischen Bevölkerung angehört. Der russische Staat ist also jetzt hauptsächlich aufgebaut auf einer Schicht von Bauern, die Besitzer von Grund und Boden, d. h. ihrer Produktionsmittel sind. Der bäuerliche Zwergbetrieb wie der Betrieb der großen Krondomänen ist abgelöst von einem mittleren Bauernstand, der jetzt eine feste Stütze der „Sowjetregierung" ist. Der russische Bauer hat, nach dem Ausspruch Radeks, begriffen, daß sie für den konfiszierten Boden des Großgrundbesitzes, das ihr zugute gekommen ist, einen gewissen Preis zahlen muß. Aber er zahlte nur, bis er fand, daß das Konto beglichen war — er zahlte die „Regierung der nationalen Verteidigung". Mit dem Kommunismus hat die Ideologie des russischen Bauern nichts zu schaffen. Und er fand sich, so bald weder von äußeren noch von inneren Feinden mehr die Rückkehr der ursprünglichen Eigentümer seines Bodens mehr zu befürchten war, fest genug „in der Verfassung verankert", um jetzt der „kommunistischen" Regierung mit dem sanften Nachdruck des Agrarstreiks eine Lektion in historischem Materialismus zu geben. Daß die „Sowjetregierung diese Lektion begriffen hat, lehren Radeks Artikel:

„Das gesamte System unserer Steuern, ihre Mannigfaltigkeit, lastet schwer und abnormal auf der Bauernschaft. Durch praktische Untersuchung der Frage sucht die Partei Wege zur Erleichterung der Steuerlasten und sie wird der Bauernschaft beweisen, daß sie die Erleichterung der Lage der Bauernschaft als ihre nächste Aufgabe betrachtet. Diese Erleichterung kann aber nicht bloß durch Reformen in der Finanzpolitik erfolgen. Sie erfordert auch noch andere Maßnahmen. Die wichtigste dieser Maßnahmen ist die Unterstützung der Bauernwirtschaft hinsichtlich der Vergrößerung der Saatflächen und der Stärkung der Landwirtschaft. Wenn dieses Jahr eine gute Ernte geben wird, wird eine dieser Maßnahmen in der Organisation an der Ausfuhr russischen Getreides nach dem Ausland bestehen. — Sonst werden wir infolge des Sinkens der Getreidepreise wieder der Gefahr einer Verringerung der Saatflächen gegenüberstehen."

Das alles ist, vom Gesichtspunkte eines russischen Politikers ausgesehen, gut und richtig. Nur, daß es mit dem Kommunismus nichts mehr zu tun hat.

Und dieser Einstellung Rußlands auf das Interesse seiner Bauernschaft fehlt das Gegengewicht der Industrie, denn auch die nationale Industrie kann nur auf der Grundlage einer kaufkräftigen Bauernschaft prosperieren.

Die 100 Millionen Bauern Rußlands und Sibiriens stellten ein großes Absatzgebiet für Industrie und den Handel dar, auch wenn ihre jährliche stetig fortschreitende Kaufkraft nicht höher als mit 22,6 Goldrubel (weniger als 50 Goldmark) veranschlagt wurde.

So kann sich also die nationale Industrie Rußlands nur entwickeln, wenn die Kaufkraft der Bauernschaft wieder erstarkt und es der Regierung gelingt, auf irgend eine Weise in der Konkurrenz mit dem Handel des Auslands abzusiegen. Aber das ausländische Kapital hat diese reifende Schicht einer nach Industrieprodukten hungrigen Agrarbevölkerung längst erspäht, und so ist die erwachende Industrie Rußlands schon reichlich mit dem Sauerteig fremden Kapitals durchsetzt.

„Fragen des Sowjetaufbaues" behandelt Radek im IV. Absatz der beiden Artikel, und man könnte ebensogut dafür die Ueberschrift wählen: Die Ueberwindung kommunistischer Rückstände in der „Sowjet"verfassung. „Der Staatsapparat wird sich bessern, wenn wir anfangen werden, die Sowjetbeamten besser zu bezahlen." Das ist die Endstation des Weges vom Sowjet zum Beamten. Die Sowjetverfassung verneinte den Beamten — die Bedürfnisse der kommunistischen Diktatur erschufen den bestgestellten kommunistischen Kommissar, der, dem Proletariat entstammend, in sich die kommunistische Diktatur verkörperte — die Bedürfnisse des russischen nationalen Agrarstaates verlangen den aus dem Proletariat wirtschaftlich herausgegebenen Sowjetbourgeois, der für alle Anlagen des bürgerlichen Eigentümers mitfühlendes Verständnis hat. (Das Gegenstück gab unsere preußische Verwaltung.)

So ist das Ende eines weltgeschichtlichen Experimentes. Die ökonomische Bedingungen in Rußland waren nicht reif für eine proletarische Revolution, und es fehlte dem deutschen Proletariat die Erkenntnis vom Wesen internationaler revolutionärer Solidarität. So fehlt ihm noch heute die Einsicht, daß es in Rußland nicht mehr die Vorhut des Kommunismus, sondern eine in Ruhestellung gegangene, abgekämpfte Truppe sahen und sie ablösen muß, selbst, wenn diese Truppe die Entwicklung naher Frontkämpfe, die ihre Ruhestellung gefährden, nicht wünscht. Aber die Revolution muß auch gegen revolutionäre Erinnerungen pietätlos sein.

Rundschau

Vor dem Ende des Streiks im Saargebiet

Im Saargebiet stehen seit drei Monaten 70 000 Bergarbeiter im Streik, und dieser Streik fand die unbedingte Zustimmung und Unterstützung der Gewerkschaften. Es ist aus diesem Grunde schon klar, daß es sich hier nicht um einen Kampf gegen das Grubenkapital an sich handelt, wenngleich einige Forderungen als Köder für die Proletarier ausgehängt wurden. Die Haltung der Gewerkschaften bei allen Bewegungen des Proletariats ist ja bekannt und erübrigt sich jedes Wort. Hier handelt es sich tatsächlich schon um den deutsch-französischen Konflikt, und mit dem Kompromiß, mit dem das deutsche und französische Kapital jetzt die Lage zu meistern versuchen, ist auch der Streik überflüssig geworden. Es handelt sich in der Hauptsache um die Frankenwährung, die als erster Schritt zur Oktroyation des Saargebietes angesehen wurde, und die Gewerkschaften haben getreu ihrer Rolle als kapitalistische Bezirkskommandos auf Befehl ihrer Brotherren ihre Truppen für das deutsche Kapital mobilisiert. Jetzt nach drei Monaten, nachdem die Proletarier für das Kapital geblutet haben und sich fürs „Vaterland" gegen den „Erbfeind" hetzen ließen, gebietet das Profitinteresse der deutschen Kapitalisten die Rückkehr zur Pron unter der Frankenwährung. Es ist zu erwarten, daß die Gewerkschaften, sollten sich die Kumpel im Saargebiet sträuben, dieselben Seiten aufziehen werden, wie gegen die Anilinarbeiter und gegen die Bergknappen in den Bewegungen, wo sie sich gegen ihre Blutsauger wehrten. Dafür spricht folgende Meldung:

Saarbrücken, den 27. April. (WTB.) Der Landesrat beriet heute den Gesetzentwurf über die Einführung der Frankenwährung im Saargebiet. Die Redner sämtlicher Fraktionen lehnten grundsätzlich die Frankenwährung ab, traten aber für den Gesetzentwurf ein, der nur von den Kommunisten bekämpft und abgelehnt wird. Die Abstimmung findet morgen statt und der Gesetzentwurf wird voraussichtlich im Bezirk Mittelrhein, vom 24. April, der, obwohl er nur eine Probe aus dem Wust der literarischen Erzeugnisse der „einzig revolutionären Partei" ist, das innere Wesen der KPD.-Taktik und Politik klar aufzeigt:

„Die Arbeitslosen und der Abwehrkampf gegen den französischen Imperialismus

„Die Provokationen des faszistischen Teils der Bourgeoisie des Ruhrgebietes allein genügen nicht, um die Vorfälle in Mülheim erklären zu können. Hier ist die Frage zu stellen: Warum waren die Provokateure der Faszisten und Nationalisten möglich? Die Antwort lautet: Die Provokation der deutschen Faszisten und Polizisten war nur deshalb möglich, weil Agenten und Spitzel Poincarés bei den Erwerbslosen in großer Zahl tätig waren, die sie ausnützten, **für den französischen Imperialismus, faszistischen Handlungen zu verleiten.** Niemals aber wäre es diesen französischen Agenten und Spitzeln gelungen, Einfluß unter den Arbeitslosen des Ruhrgebietes zu bekommen, **wenn die großen proletarischen Organisationen, sozialdemokratische Partei und vor allem die Gewerkschaften der Sache der Arbeitslosen angenommen hätten.**

So fällt letzten Endes das größte Maß der Schuld auf die Sozialdemokraten und Gewerkschaftsbürokraten, die sich weigerten, die Sache der Erwerbslosen gegenüber den Kapitalisten und Behörden zu vertreten.

Die Sozialdemokraten und Gewerkschaftsbürokraten haben sich damit, in ihrem blinden Eifer, die Interessen der deutschen Kapitalisten zu vertreten, zu Helfershelfer Poincarés und des französischen Imperialismus gemacht.

Inzwischen aber, hätte die Gewerkschaften sich auf ihre Pflicht gegenüber den Erwerbslosen besinnen, haben die Kommunisten die Aufgabe zu verhindern, daß es zu ähnlichen Vorkommnissen wie in Mülheim kommt. Dazu ist notwendig vor allem der rasche Aufbau der proletarischen Einheitsfront. Dazu ist ferner notwendig die Entlarvung der französischen Spitzel und Agenten, der Versuch, die mit Recht verbitterten Erwerbslosen vor den Provokationen und Lumpereien dieser Kerle zu schützen.

Wir haben zuverlässige Nachrichten, daß auch im altbesetzten Gebiet sich die Achtgroschenjungens und sonstige gekaufte Subjekte Poincarés, an die Erwerbslosen heranmachen. Worin besteht die Absicht der französischen Militärs? Sie wollen zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen. Zuerst und zuvorderst wollen sie die Erwerbslosen dazu benutzen, um **die absolutische Abwehrfront der rheinischen Arbeiterschaft zu zerbrechen.** Es ist ihnen bis jetzt nicht gelungen, trotz aller Lockungen und Versprechungen, auch nur winzige Bruchteile der Arbeiterschaft für ihre Ziele und Zwecke einzufangen. Abgesehen von einer ganz kleinen Zahl von besoldeten oder irregeführten Arbeitern wird die ganze rheinische Arbeiterschaft in unbedingter Ablehnung gegen den französischen Imperialismus und seine räuberischen Pläne. Die Agenten Poincarés versuchen nun, sich an die verelendeten und hungernden Erwerbslosen heranzumachen, indem sie ihnen für ihre Forderungen die Unterstützung und den Schutz der Besatzungsbehörden zusagen. Gelingt es den französischen Agenten, erwerbslose Arbeiter derart irre zu führen, daß diese sich im Elend die Unterstützung der Franzosen oder Belgier gegen deutsche Behörden oder Kapitalisten anrufen, dann ist der Anschein erweckt, als ob Teile der rheinischen Arbeiterschaft sich auf die Seite des französischen Imperialismus gestellt hätten. **Wir Kommunisten haben alle Ursache, dies zu verhindern und die gemeinsame Abwehrfront des rheinischen Proletariats aufrechtzuerhalten.**

Die andere Absicht der französischen Imperialisten besteht darin, sich aus den Reihen der Erwerbslosen eine Streikbrechergarde heranzuziehen. Auf dem ausgedehnten Eisenbahnnetz der besetzten Gebiete sind nun seit Monaten die Streckenarbeiten eingestellt. Der Eisenbahnverkehr ist dadurch in einen Zustand geraten, der von Tag zu Tag unerträglicher wird. Die französische Regierung kann im eigenen Land kaum Arbeiter und Eisenbahner genug bekommen, um die seitherigen Arbeiten aufrechtzuerhalten. Infolgedessen sind die Agenten Poincarés mit Feuereifer dabei, Streikbrecher unter den deutschen Arbeitern anzuwerben. Es ist selbstverständlich, daß die französischen und belgischen Agenten besonders die erwerbslosen Arbeiter in diesem Sinne bearbeiten; auch dadurch, daß sie die Erwerbslosen aufzuputschen versuchen. Unsere Genossen müssen überall versuchen, die **Erwerbslosen über das Schändliche und Gefährliche der Streikbrecherarbeit aufzuklären, sie müssen ihnen klar machen, daß derartige Streikbrecherarbeit genau so verwerflich und schmutzig ist wie die gewöhnliche Streikbrecherarbeit.**

Aber der Einfluß der Kommunisten ist in vielen Teilen des besetzten Gebietes noch nicht groß genug, um allein der Spitzel- und Agententätigkeit der Franzosen und Belgier mit genügendem Erfolg entgegenwirken zu können.

Nur dadurch kann die Tätigkeit französischer und belgischer Spitzel und Agenten wirksam bekämpft werden, daß alle die Gewerkschaften mit ihrer ganzen Kraft für die Erwerbslosen einsetzen und ohne Rücksicht darauf, daß die Teil der Erwerbslosen nicht organisiert ist, ihre Interessen vertreten.

Die Gewerkschaftsbürokraten, die sich weigern, das zu tun, sabotieren die Abwehr gegen den französischen Imperialismus, machen sich zu Helfershelfern des französischen Imperialismus.

Die Aufgabe der Kommunisten ist, also die Spione und Spitzel Poincarés aufzuspüren, sie anzuweisen der deutschen Justiz oder dem nationalistischen Pöbel auszuliefern. Spitzel oder Spione ist jeder, wer die „einheitliche Abwehrfront" stört. Streikbrecher für Poincaré sind auch alle Fälle zurückzuhalten. Dem dieser Streikbruch ist genau so „schmutzig", wie jeder andere Streikbruch". Wer das nicht tut, macht sich zum Helfershelfer des französischen Imperialismus und ist ein offener oder versteckter Spion. — Nieder mit den Spionen!

Wir brauchen wohl nicht des langen und breiten begründen, daß wörtlich dasselbe in den Zeitungen des Herrn Stinnes und auch der sonstigen Bourgeoisiepresse steht. Es ist also nicht allein auf den „Einfluß der Kommunisten" zurückzuführen; wenn der „Agententätigkeit der Franzosen" nicht genügend entgegengewirkt werden konnte. Und die Herrschaften stehen mit ihrer „revolutionären" Vaterlandsverteidigung wahrhaftig nicht allein. Sie können überzeugt sein, daß, wenn sie ihre „revolutionäre" Politik mit Erfolg fortsetzen, sie sehr bald die „deutsche Männer" in den Stinnesanzeigen abkonterfeit werden. Daß man jedoch als deutscher Spitzel gerade Kommunist sein muß, ist allerdings etwas ganz Neues, und hat diese Sorte „Kommunisten" der Organschepublik gerade noch gefehlt. Weiter: Woran erkennt man einen „Agenten Poincarés"?

Kirche und Zuchthaus

(Geschrieben von einem Genossen aus dem Zuchthaus Görlitz)

(Schluß)

Der zur Herrschaft sich drängende Trieb, die anhaltende Sehnsucht nach dem Weibe veranlassen dann auch viele, den Versuch zu unternehmen, der Entsagung zu fliehen, diese unwürdigen Fesseln des Menschentums abzustreifen, um in der weiten Welt erneut das Leben zu suchen. Dann iren diese Gelöbteten, gleichwie die flüchtiggewordenen Mönche, die ihre Ordensregeln gebrochen, gehetzt wie wilde Tiere in der „Freiheit" umher. Oft dennoch nicht das findend, was sie gesucht und gewollt.

Allerorten und zu jedweicher Zeit müssen sie sich dessen verscheuen, wieder eingefangen zu werden, ihre ehedem früheren Freunde, ihre Bekannten, ja ihre eigenen Angehörigen, nicht selten die Frau oder die Geliebte liefern sie den Schergen wieder in die Hände, „verlampen" und „verpfeifen" sie, um wieder eine Belohnung als Belohnung zu erhalten — (die sie aber trotzdem meist nie erhalten) nur um sich dieses Neusaßgestandenen und mittlerweile Entfremdeten wieder zu entledigen. Dann kehren diese Entwurzelten geschlagen (oft auch wirklich zerschlagen oder zerschossen) und geknickt in ihre alte Einsatzstelle zurück, um sich neu in das alte Sklavenjoch spannen zu lassen. Nicht immer aber glückt diese Flucht in die Oeffentlichkeit. Oft ist sie in ihrem Plan schon vorher verraten — „verlampt" und „verpfeifen", oder daß der „Flieger" überrascht wird. Dann geht der Arme in den „Arrest" und träumt dort seine Zeit über von der Seeligkeit in welchen Frauenarmen, von trauten Gemächern, von grünen Bäumen, sonnenbeschienenen Feldern und lauschigen Mondscheinnächten. Mitunter kommt es auch vor, daß der Flüchtling abgeschossen wird. Gar gleich von der Höhle oben. Dann blutet er aus Wunden, oder er ist gar auch tot. Solch ein Fluchtversuch ist ein gefährliches „Vergnügen". Kommt er doch so manchem Kerkerschergen gerade zu paß, einen Unliebsamen so auf diese bequeme Art „auf der Flucht" zu erledigen. Dann brüsten sich diese Obersklaven mit ihrem Heldenstück. Was sie doch ganz andere Kerle sind, als die Untersklaven. Wurden sich in die Brust und sind stolz auf ihr Kleid des Mörders. Doch sie bleiben als Oberskaven unter sich dennoch brüderlich. Keiner will der größte Held von ihnen sein. Dieses laut werden zu lassen, schämen sie sich. Wohl aus Furcht davor, Unterskaven oder andere Menschen möchten diesen einen Henker nennen. Auch sonst kann ein Henkertum unangenehm sein. Manchmal kann es nämlich kommen, daß der Henkersknecht nicht einen Unterskaven ehe — Strohpuppe tötet. Erst schreien sie Heldentat. Wenn sie jedoch das Versehen merken, dann sind sie still. Die Unterskaven spielen den Oberskaven oben solchen Scheinheiligen nicht.

Mitunter kommt es auch vor, daß die Unterskaven und die Oberskaven miteinander in offenen, besonderen Streit geraten. Meist geht es darum, daß die Oberskaven den Unterskaven, oder die Unterskaven den Oberskaven zu annahend geworden. Oder, daß die Unterskaven mehr Essen haben wollen, weil sie sagen, daß die Oberskaven zu Unrecht zuviel für sich selber verbrauchen. Oft wollen die Unterskaven auch mehr Lohn für ihre Arbeit, die sie gezwungen leisten müssen. Sie wollen auch dieselben Rechte haben, wie die Oberskaven, sich zu bilden, oder über das „freie Leben" draußen zu orientieren. Sie wollen auch mal einen Hering besonders haben oder einen Apfel. Oder sie brauchen ein Schreibheft, Tinte und Papier und andere ähnliche, nützliche und für die Unterskaven im Kloster-Zuchthaus wesentliche Dinge. An ihre Angehörigen und Freunde möchten sie gern einen besonderen Brief schreiben, um ihnen alles das zu sagen, was sie in ihrem Innern bewegt, das sie aber sonst nicht mitteilen können. Oder sie wollen an die Gerichte schreiben, um eine versehentliche Ungerechtigkeit dieser an ihnen, wieder ausgleichen zu helfen. Und dann reicht eben der Arbeitsverdienst nicht aus. Haben sie Familie daheim in Not und Elend zurückgelassen, dann möchten sie dieser auch gern von dem Exil aus helfen, wie sie ihr haben helfen wollen, als sie d a s taten, das sie hierhergebracht, weil eben kein anderer Ausweg mehr blieb, als dieser letzte. Wenn sie mal aufhören werden sollten, so wollen sie sich einen neuen Anzug von ihrem Verdienst der langen Kerkerjahre k a u f e n, weil den alten schon längst die Motten und die Mäuse gefressen haben. Sind sie noch jüngeren Jahrgangs, so wollen sie auch etwas erarbeitet haben, wenn sie, zerrissen, zerlumpt, und so ist die erwachende Industrie Rußlands schon reichlich mit dem Sauerteig fremden Kapitals durchsetzt.

„Fragen des Sowjetaufbaues" behandelt Radek im IV. Absatz der beiden Artikel, und man könnte ebensogut dafür die Ueberschrift wählen: Die Ueberwindung kommunistischer Rückstände in der „Sowjet"verfassung. „Der Staatsapparat wird sich bessern, wenn wir anfangen werden, die Sowjetbeamten besser zu bezahlen." Das ist die Endstation des Weges vom Sowjet zum Beamten. Die Sowjetverfassung verneinte den Beamten — die Bedürfnisse der kommunistischen Diktatur erschufen den bestgestellten kommunistischen Kommissar, der, dem Proletariat entstammend, in sich die kommunistische Diktatur verkörperte — die Bedürfnisse des russischen nationalen Agrarstaates verlangen den aus dem Proletariat wirtschaftlich herausgegebenen Sowjetbourgeois, der für alle Anlagen des bürgerlichen Eigentümers mitfühlendes Verständnis hat. (Das Gegenstück gab unsere preußische Verwaltung.)

So ist das Ende eines weltgeschichtlichen Experimentes. Die ökonomische Bedingungen in Rußland waren nicht reif für eine proletarische Revolution, und es fehlte dem deutschen Proletariat die Erkenntnis vom Wesen internationaler revolutionärer Solidarität. So fehlt ihm noch heute die Einsicht, daß es in Rußland nicht mehr die Vorhut des Kommunismus, sondern eine in Ruhestellung gegangene, abgekämpfte Truppe sahen und sie ablösen muß, selbst, wenn diese Truppe die Entwicklung naher Frontkämpfe, die ihre Ruhestellung gefährden, nicht wünscht. Aber die Revolution muß auch gegen revolutionäre Erinnerungen pietätlos sein.

Groß-Berlin! **Freitag, 4. Mai Mitgliederversammlungen**

Nach dieser Logik daran, daß von jemanden ausgesprochen wird, daß die Vertrösting auf die Gewerkschaften eben genau so blödsinnig ist, wie die Jagd nach französischen Spitzeln. Das ferner die Parole, „nieder mit Cuno", wenn man im Auftrage und für Cuno in das chauvinistische Horn bläst, eine blöde Phrase, berechnet auf geistig Unzurechnungsfähige ist. Diese Burschen glauben revolutionäre Proletarier damit zu bluffen, daß sie dauernd betonen, daß ein „Kommunist" kein Helfershelfer des französischen Kapitals sein soll. Daß sie Helfershelfer des deutschen Kapitals sind, ist ihnen eine Selbstverständlichkeit!

Wenn jedoch von den deutschen Spitzeln jemand verhaftet wird in Frankreich, oder ausgewiesen wird, so bekommen die Proletarier stets die Neuigkeit aufgetischt, daß „Kommunisten" so reich an Zahl für die „revolutionäre Sache" verhaftet und verfolgt würden. Demnach ist also Fritz Thyssen und die gesamten Gewerkschaftsbonzen, Industriekönige, Polizeioberhäupter und das ganze Heer gewöhnlicher Spitzel richtiggehende „Kommunisten". Hoffentlich wagt sich Hitler nicht zu weit vor, und wird geschnappt. Es wäre sehr schade, wenn den Vaterlandsrettern ein solch unentwegter Kämpfer fürs deutsche Vaterland verloren ginge.

Den verhungernden Erwerbslosen jedoch, sowie dem gesamten Proletariat, das jetzt wieder von den harten Tatsachen gezwungen wird, Stellung zu nehmen zu seiner furchtbaren Lage sagt man: Ihr habt euch an die Gewerkschaften zu wenden. Werden Wert der Gewerkschaften bis heute noch nicht begriffen hat, das kann nur ein ganz unverbesserlicher Wirrkopf sein, und die „Hundertschaften" werden sich diese Kreatur etwas näher ansehen müssen. Wer heute nicht begriffen hat, daß die „Einheitsfront gegen Poincaré durchbrochen wird, wenn das Proletariat im Hinterlande die Front erdrückt, der bekommt es mit den „Kommunisten" zu tun. Wer ihnen dabei helfen wird, ist nach dem vorhergesagten ja ohne weiteres klar.

Auch wir sagen zu den Erwerbslosen und zum gesamten Proletariat: Achtet auf die Agenten Poincarés — und auf die Spitzel des deutschen Kapitals, die deswegen viel gefährlicher sind, weil sie unter der Maske von „Kommunisten" auftreten. Aber dies nicht die wesentlichste und ureigenste Aufgabe. Eure Aufgabe ist, endlich zu erkennen, daß das Proletariat so lange ohnmächtig sein wird, so lange es nicht seine sozialdemokratischen und vor allen Dingen „kommunistischen" Gewerkschaftsbonzen zu Boden getreten hat. Erst, wenn das Proletariat begriffen hat, daß es nicht genügt, sich für ein paar Brocken totschießen zu lassen, sondern daß das Proletariat die Produktion erobern und sich zu diesem Zwecke in Betrieben zusammenschließen muß, wird, gemeinsam mit den Erwerbslosen, der Kampf ein Ziel, einen Sinn haben. Und dann gilt es die Spitzel und Agenten, die sehr deutlich an ihrem Gebrüll: „Hinein in die Gewerkschaften" zu erkennen sind, aufs Korn zu nehmen, und ihnen das Handwerk zu legen. Aber so lange das Proletariat sich nasführen läßt von den Agenten des deutschen Kapitals, so lange wird das internationale Proletariat seinen Spitzeln und Kapitalszuhältern stets in die Arme getrieben werden.

„Verbandsbücher bleiben gleich hier"

Aus der Fülle der „Erfolge" der Zeilentaktiker geben wir nachfolgenden aus der „Roten Fahne" vom 25. April ohne Kommentar wieder:

„Um ihren traurigen Ruhm nicht verblassen zu lassen, will jetzt die Berliner Ortsverwaltung des DFAB. unter Führung des Herrn Reimann ein neues Denkmal ihrer arbeiterschädlichen Politik errichten. Die Zalistelle Berlin soll zerschlagen werden. Im Gummiwerk Rübler a. Co. besitzen die Genossen Adam und Thaele das volle Vertrauen der Arbeiter und sind Betriebsratsmitglieder und Funktionäre des DFAV. Im Dezember bestand in diesem Betrieb noch eine SPD.-Betriebsratsmehrheit (5 SPD., 2 KPD.). Als diese aber den Reichsbetriebsrätekongreß sabotierten, mußten sie unter dem Druck der Arbeiter ihre Posten niederlegen. Die Neuwahl ergab eine KPD.-Mehrheit (5 KPD., 2 SPD.). Für ihre Niederlage rächte sich die Verbandsbürokratie und ihre wenigen Anhänger, indem sie zu den lumpigsten Mitteln des Demaskierens griff und unsere Genossen bei der Ortsverwaltung anklagten, sie hätten Sammellisten für die Opposition zirkulieren lassen, und da die Ruhrhilfe abgelehnt, eine Liste des Fünfzehnerausschusses der Betriebsräte zur Zeichnung ausgelegt.

Der engeren Ortsverwaltung kam diese Anklage sehr gelegen. Und Herr Reimann will jetzt seinen Herrn und Brotgeber Brey beweisen, daß er, da er ja gegen das Unternehmertum nicht kämpfen will, doch stark genug ist, die Einheit der Organisation zu zerschlagen und den Willen der Mitglieder mit Füßen zu treten.

Das Feingerücht trat zusammen. Und über unsere Genossen, die ihre Meinung und die Rechte der Arbeiter verteidigten, wurde das Urteil gesprochen.

Die beiden Kollegen haben zugegeben, daß sie mit der Sammlung einverstanden sind. Es verbindert sich aber nicht als Gewerkschaftsfunktionäre, dies zu tun. Beide Kollegen werden aufgefordert, bis zum 25. April 23 ihre Aemter, Adam als Betriebsobmann des Betriebsrates und als Lohnkommissionsmitglied und Thaele als Betriebsrat niederzulegen. Falls bis zum 25. April eine diesbezügliche Erklärung im Verbandsbüro nicht eingegangen ist, gelten beide von diesem Tage an als ausgeschlossen. Die Verbandsbücher bleiben gleich hier."

Mehr arbeiten, weniger essen!

Der Betriebsrat der Eisengießerei Blitz schreibt in der „Roten Fahne" vom Donnerstag, den 25. April:

„Bei unserer Firma waren Differenzen über die Akkordpreise entstanden. Wir forderten deshalb einen Vertreter des DMV. an, der mit der Firma verhandeln sollte. Es erschien der Kollege Ziska. Bei einem Rundgang durch den Betrieb erklärte der Betriebsleiter, daß an der betr. Arbeitsstelle die Maschinenformer pro Stunde nur 60 Stück der hergestellten Kästen anfertigten. Der Vertreter der Firma fragte den Kollegen Ziska: 60 Kästen pro Stunde sind doch zu wenig, ist das nicht auch ihre Meinung, Herr Ziska? Kollege Ziska antwortete: Ja, meiner Meinung nach müssen von diesen Kästen mindestens 120 Stück pro Stunde angefertigt werden. Der bei dieser Unterredung anwesende Meister erklärte nun, es sei ausgeschlossen, 120 Stück pro Stunde herstellen zu können, sondern es könnten seiner Meinung nach bei intensiver Ausspannung aller Arbeitskräfte höchstens 90 Stück pro Stunde hergestellt werden. Kollege Ziska wandte sich unter verlegenem Schweigen einem anderen Arbeitsplatz zu."

Ja, ja, was würde das deutsche Proletariat wohl heute ohne seine Gewerkschaften sein, deren Bonzen doch immer wenigstens den Mut „mehr arbeiten, weniger essen" bei der Hand haben und — natürlich wissen, daß man den deutschen Proleten eben alles bieten kann.

Aus der Internationale

Essener und Berliner Richtung

(Antwort an Gorter. — Fortsetzung.)

Wir müssen aber sogleich bemerken, daß die obige Berliner Resolution, die Frage der Taktik überhaupt — bei jeder Lage nicht erschöpft, die Taktik, die dort angegeben ist für die Führung von Lohnkämpfen, ist die einzig richtige und revolutionäre, wenn die Unionisten noch in Minderheit in einem Betriebe sind. Bilden im Gegenteil die Unionisten die Mehrheit, so wird diese Resolution nicht genügen.

Die Entwicklung der Union vollzieht sich überhaupt nicht einheitlich unter der Arbeiterschaft, sondern unter den Arbeitern, verteilt auf die verschiedenen Betriebe, aus der Tatsache heraus, daß der kapitalistische Produktionsprozeß nicht ein einheitliches Ganzes ist, sondern sich aufbaut auf die verschiedenen einzelnen Industriebetriebe, woraus sich ergibt, daß die Arbeiterschaft nach diesen verschiedenen Betrieben organisiert ist. Die Entwicklung der Union zur Massenklassenorganisation wird durch die Gewinnung der Arbeiter in den einzelnen Betrieben. Es ist natürlich, daß dieser Prozeß nicht planmäßig vor sich geht. Die Unionisten können in einem Betriebe die Mehrheit bilden, wenn sie in anderen Betrieben in Minderheit, ja sogar überhaupt nicht vertreten sind. Aus dieser Tatsache müssen Folgen für die Taktik der Union gezogen werden. Wenn in einem Betriebe die Unionisten die Mehrheit bilden, die Gewerkschaften dort erledigt sind, verwandeln sich dann die Konflikte zwischen Arbeit und Kapital in Konflikte zwischen Kapital und Union. Die Unionisten als Organisation im Betriebe spielen nicht mehr die Rolle als Kritiker der Gewerkschaften, und suchen nicht nur die Arbeiter (die Mehrheit) bis zu dem Gedanken zu bringen, daß bessere Lebensverhältnisse nur innerhalb der Grenzen des kapitalistischen Systems geschaffen werden können. Die Tatsache selbst, daß die Mehrzahl der Arbeiter im Betriebe Unionisten sind, zeigt, daß diese Phasen schon längst erledigt sind, jetzt ist nicht mehr als erste Bedingung notwendig, die Arbeiter bis zu dieser Erkenntnis zu bringen, um dem Kampf einen revolutionären Charakter zu verleihen und die Führung des Kampfes durch die Union zu übernehmen. Der Kampf beginnt, wenn dieser Prozeß schon zu Ende ist. Er beginnt bei der Berettschaft der Mehrheit der Arbeiter, den Kampf bis zu seinem logischen revolutionärem Ende zu führen. Darum ist in diesem Falle der Kampf schon in seinem Entstehen ein Kampf der Union, und ihr gebührt die Führung des Kampfes.

Dieses ist die einzig richtige und revolutionäre Taktik der Union, indem sie ihre Folge in der Tatsache hat, daß die Unionisten die Mehrheit in einem Betriebe bilden. Zu einer anderen „Taktik" können nur „Theoretiker" kommen, die mit dem wissenschaftlichen Kommunismus gebrochen haben, daß heißt, mit dem Marxismus gebrochen haben, die versuchen, die Logik des Klassenkampfes durch Sophismen zu betrügen. Es kommen Predigten für den individuellen Charakter der Lohnkämpfe und deren Führung durch Unionisten als Einzelperson zu ersetzen, die Tatsache, daß in Gesellschaft dieses „Theoretiker" ein alter Lehrer des geschichtlichen Materialismus, wie Gorter, steht, besagt noch nicht, daß diese Herrn etwas mit dem Marxismus gemein haben; diese Tatsache beweist uns wie die Menschen mit zunehmendem Alter dümmer werden — und nichts anderes! Die Frage ist nur nicht erschöpft. Der Umstand, daß der Konflikt in einem Betriebe ausreicht, indem die Arbeiter Unionisten sind, jetzt sogleich den Kampf außerhalb des Geleises des Lohnkampfes, sogar der Grenzen des Kapitalismus, weil die Unionisten verstehen, daß es innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft keine dauernde Verbesserungen geben kann. Anderseits verstehen sie auch, daß ihr Betrieb allein den Kampf um die Abschaffung des Kapitalismus nicht führen kann. Darum werden die Unionisten im Betriebe gedrängt sein, um den in der Minderheit befindlichen Unionisten der anderen Betriebe versuchen, die Bewegung zu einem Kampf, um die Abschaffung der kapitalistischen Gesellschaft zu machen. Freilich wäre es ein Unding und übertriebener Optimismus, zu glauben, daß die Arbeiter von allen anderen Betrieben sich unbedingt diesem Versuch anschließen. Trotzdem muß aber so energisch wie möglich der Versuch gemacht werden. Das ist keine Demagogie, dieser Ruf zum Kampf ist kein Sophismus, der Verzahmung des „opportunistischen" Handelns mit der revolutionären Theorie. Dieser Ruf zum Kampf begleitet von der revolutionären Propaganda, mit allen Mitteln geführt, hat seine revolutionäre Bedeutung und ist revolutionärer als unsere alltägliche Agitation und Propaganda.

Im Falle, daß die anderen Arbeiter keine Solidarität übes ist es ganz natürlich, daß der Kampf den Rahmen des Kapitalismus nicht überschreitet, worin er folglich auch beendet wird, geführt von der Union. Eine solche Entwicklung und Ende des Kampfes ist keine Schuld und kein Opportunismus der Union, sondern ist eine Notwendigkeit, die sich aus dem Opportunismus des übrigen Teils der Arbeiterklasse ergibt, und er bleibt „als Protest gegen das gesamte deutsche Proletariat" (wie sich Gorter ausdrückt in dem von ihm zitierten Artikel der Essener „KAZ.").*) Es ist klar, daß die Entwicklung und die Logik der Dinge die Union veranlassen können, an der Führung der Lohnkämpfe als Organisation teilzunehmen. Hier ist es notwendig, zu bemerken, daß gemäßes Beispiel, wenn die Unionisten in einem Betriebe die Mehrheit bilden, wohl kaum der Wirklichkeit entspricht. Die Unionisten sind auf Grund ihres Klassenbewußtseins immer in Konflikt mit dem kapitalistischen System. Im Augenblick, wo sie die Mehrheit bilden, wird dieser Zustand in die Praxis umgesetzt, nämlich zwischen der Union und der Betriebsleitung. Später brechen die Konflikte nicht aus, sie sind jetzt dauernd, wie der Kampf des revolutionären Betriebs mit dem Opportunismus der anderen Betriebe, sowohl wie mit der Organisationen des Opportunismus — den Gewerkschaften. Es ist also klar, daß die Union, wenn sie die Mehrheit im Betriebe hat, die Aufgabe hat, den Kampf nicht nur gegen den Opportunismus und die konterrevolutionäre Einstellung der Gewerkschaften zu führen, sondern auch gegen die Direktion des Betriebes. Die Unionisten können die Herausforderungen der Unternehmer nicht stillschweigend hinnehmen. Sie, wären keine Unionisten, würden sie dieburch die Versuche des Kapitals, die zerrittete Wirtschaft wiedergerzustellen, verschärfte Ausbeutung ertragen. Gleichzeitig können sie aber diese Kämpfe nicht als Einzelpersonen führen, sondern sie müssen es als Organisation, als Union tun. Die Empfehlung dieser Bewegungen ohne die Mitarbeit der Union zu unternehmen, um den Revolutionismus der Organisation zu erhalten, ist nur Leuten vom Schlage eines Gorantert würdig, und wie wir schon erwähnt haben, im Grunde genommen eine Verneinung des Klassenkampfes und des wissenschaftlichen Kommunismus.

Um der Deutlichkeit willen müssen wir einige Beispiele anführen, in denen die Union die Mehrheit der Belegschaft eines Betriebes bildet. Angenommen, die Direktion entläßt kurzerhand die Unionisten, um den, durch die Anwesenheit der Unionisten im Werk bedingten Schwierigkeiten aus dem Wege zu gehen. In beiden Beispielen ist es Pflicht der Unionisten, sich mit allen Kräften als Organisation, als Union, zu wehren, indem sie gleichzeitig alles Mögliche versuchen, die Solidarität der anderen Betriebe zwecks allgemeiner Aktion auf verbreiterter Grundlage mit dem Ziel des Sturzes der kapitalistischen Gesellschaft herbeizuführen. Ein Recht dazu können die Unionisten nur dann haben, wenn sie selbst als Organisation den Kampf übernehmen. Nur in diesem Falle hat ihr Aufruf die Kraft des Protestes und der Kritik der gegenrevolutionären Gewerkschaften. Wenn sie sich aber mit der Predigt einverstanden erklären, daß solche Kämpfe der „revolutionären" Ehre der Union nicht entsprechen, dann können sie nicht zur Solidarität und entschlossenen Kampfe der übrigen Arbeiter aufrufen. Sie würden sich bei den anderen Proletariern nur lächerlich machen. Das wäre die einzig mögliche Taktik der Union, wenn sie ohne Organisation zur Führung des revolutionären Klassenkampfes sein wollte. Die Essener Predigt, die Unionisten müssen diese Kämpfe als Einzelpersonen führen, ohne die Union (d. h. die Betriebsorganisation) in Anspruch zu nehmen, ist das erste Kunststück verzweifelter Köpfe, und zweitens steckt die Grundweisheit der Essener in ihr, daß solche Kämpfe nicht in revolutionäre übergehen können. Daher dieser minderwertige, unfruchtbare Reformismus, der in der Essener Theorie enthalten ist. **„Wenn der Lohn zur Deckung der Ausgaben nicht reicht, wegen der wachsenden Teuerung, so geht er (der Unionist) von neuem als einzelner Arbeiter zum Kapitalisten mit der Forderung den Privatvertrag umzuändern in der Form einer Verbesserung der Arbeitsverhältnisse, wenn er befriedigt wird, so ist die Frage vorläufig gelöst."** Nach dem Essener „Theoretiker" müßten die Unionisten diesen Vorgang unzählige Male wiederholen und nach jedesmaliger Erledigung die Revolution denken. Das heißt die Erhaltung des revolutionären Inhalts der Union nach dieser „Theorie".

In der Taktik, die wir als Folge der Tatsache, daß die Unionisten die Mehrheit in Betrieben sind, sehen die Essener „Theoretiker" in einem unwürdigen Gegensatz für die Union: Einerseits kämpft sie für die Vernichtung des Kapitalismus und andererseits fordert sie ewige Sklaverei der Arbeiter. Der einzige Ausweg für diesen Kampf als Privatsache zu erklären und damit die tatsächliche Verneinung des Klassenkampfes, wenn sie diese Weisheit befolgen. Für uns als Marxisten aber muß es klar sein, daß dieser Gegensatz ein Gegensatz der Entwicklung selbst ist. Er ist in dem Grundsatz enthalten, daß die Arbeiterklasse die historische Aufgabe hat den Kommunismus zu verwirklichen, indem sie den Kapitalismus abschaffe, aber gleichzeitig setzt ihr Bestehen und ihr Kampf das Vorhandensein der kapitalistischen Gesellschaft voraus. Anders ausgedrückt: Der obige Gegensatz ist nur ein Ausdruck des Gegensatzes, daß die Arbeiterklasse die historische Aufgabe hat, sich selbst abzuschaffen als Klasse (indem sie den Kommunismus verwirklicht) und für ihre Erhaltung kämpft. In dieser Form ist der Gegensatz noch krasser, doch findet er eine Fassung in der Entwicklung des Klassenkampfes. Logisch wird es folgendermaßen ausgedrückt: Das Ja wird zum Nein und umgekehrt. Die Union als Massenorganisation trägt denselben Gegensatz in sich. Nur die Partei ist von diesem Gegensatz frei. Die Union löst den Gegensatz auf, indem sie den Kampf vertieft und verbreitert und ihn in seinen Gegensatz umwandelt. Vom Kampf für die Erhaltung der Sklaverei der Arbeiter in den Kampf für die Vernichtung der Sklaverei. Die Union kann das nur zustande bringen, wenn sie als Organisation, als Union den Kampf übernimmt. Die Predigt, daß solche Kämpfe nicht ihre Sache wäre, ist ein Abrücken vom Klassenkampf und nicht Auflösung ihrer Gegensätze.

*) Einen solchen Ausgang würde auch ein Kampf haben, wenn die Unionisten nicht die Mehrheit bilden. Doch wenn in der Entwicklung des Kampfes die anderen Arbeiter die Notwendigkeit des Kampfes erkennen (der Umwandlung in einen revolutionären) und unsere revolutionäre Taktik annehmen, dann werden die Unionisten an der Führung teilnehmen. Sie sollen den Kampf nicht aufgeben, im Fall, daß die anderen Betriebe ihre revolutionäre Solidarität verweigern, weil sich der Kampf im Rahmen des Kapitalismus abspielt. Die Arbeiterklasse müssen die Führung bis zum Ende behalten, indem sie alle Kräfte aufbieten, den anderen Arbeitern die Ursache für diesen Ausgang klar zu machen und sie für die Union zu gewinnen, dieses wird die revolutionäre Auswirkung eines solchen Kampfe sein.

Mitteilungen

18. Unterbezirk (Gruppe Cöpenick). Für alle Angelegenheiten der KAPD. und Union kommt der Genosse Heiland, Cöpenick, Schönerlinder Straße 9, Hof II, in Frage. Ebenda ist die Ausgabestelle der „KAZ." und „Kampfruf".

18. Unterbezirk (Gruppe Grünau). Am Dienstag, den 8. Mai findet bei Franz, Cöpenicker Straße, abends 8 Uhr, eine Gruppensitzung statt, zu der alle Mitglieder erscheinen müssen.

Die Bezirksleitung.

•

Jugendbewegung

KAJ. Zentrum. Zusammenkunft am Freitag, den 4. Mai 1923, abends pünktlich 7 Uhr, bei Strelke, Waßmannstraße 34. Tagesordnung wird bekanntgegeben.

•

Freitag, den 4. Mai, 7 Uhr, Allgemeine Mitgliederversammlung, Schule, Gipsstraße 23a. Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht.

Berliner Arbeitsausschuß.

Verantwortlicher Redakteur: Arthur Liers, Neukölln. — Verlag der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands. — Inhaber Emil Schubert, Charlottenburg. — Druck: Buch- und Kunstdruckerei Karl Berzmann, Berlin S 42, Oranienstraße 160.

Bestellschein:

Der Unterzeichnete bestellt hiermit die

„Kommunistische Arbeiter-Zeitung"

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

Abonnementspreis für die 1. Mai-Hälfte 780,— Durch die Post für die 1. Mai-Hälfte 900,—

Name:

Ort: Str. Nr.

Quergeb.: Hinterh.: Vorderhaus:

Diesen Bestellschein bitten wir an den Verlag der „KAZ.", Berlin NO 18, Landsberger Straße 6, im offenen Kuvert als „Drucksache" mit 20 Mark frankiert, einzusenden.

4. Jahrg. Nr. 35. Preis 200 Mk.

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Berlin-Brandenburg

Die Zeitung erscheint zweimal wöchentlich. — Zu beziehen durch die Bezirks-Organisationen, im Straßenhandel bei allen Postanstalten und durch den Verlag der KAPD., Berlin NO 18, Landsberger Strasse 6

Redaktion und Verlag: Berlin NO 18, Landsberger Str. 6 Geöffnet täglich von 9—12 und 1—6 Uhr. Sonntags geschlossen. Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 49029.

Abonnementspreis für die erste Mai-Hälfte 780 Mk. Einzel-Exemplare erste Mai-Hälfte 200 Mk. Nach dem Ausland monatlich 600 Mk. inclusive

Herrn Cunos Friedensprojekt

Herr Cuno, als Sachverwalter der Schwerindustrie, hat, um sich die Gunst der kleinbürgerlichsten aller Kleinbürger, der deutschen Kleinbürger nicht zu verschlagen, ein „Friedensangebot" gemacht. Er wird durch sehr gelobt, von rechts bis links. Da zum Frieden nun einmal zwei gehören und einer von den beiden, wenn es mit dem Frieden nichts wird, ablehnen muß, kann sich leider leicht ausrechnen, über wen die demokratischen und gedankenlosen Krämerseelen wohl am meisten erbittert sein werden. Für sie ist von neuem bewiesen, daß das deutsche Kapital und seine Sachwalter vor edelster und uneigennützigster Menschenliebe vollständig zerfließen und Profitinteressen nicht in Frage kommen, während die bösen Franzosen leibhaftige Teufel sind. Der erste Zweck der Note ist also schon erreicht. Es gibt beim besten Willen keine andere Möglichkeit als weiter „durchhalten", soll unser deutsches Vaterland nicht den „Bestien", die uns bedrohen, vollständig ausgeliefert werden. Nieder mit Frankreich! Hoch die demokratische Republik. — Diese Stimmung braucht das deutsche Kapital, sie mußte aufs neue reproduziert werden. Die Mark fällt, die Arbeitslosigkeit steigt. Die Arbeitermassen bleiben von diesen Zerfallserscheinungen nun einmal trotz ihrer Gedankenlosigkeit nicht verschont. Der Mai-Patriotismus ist nur ein sehr unzulängliches Mittel, darüber hinwegzutäuschen. Parateleichenfeldzüge verlieren bei öfterer Wiederholung ebenfalls ihre Wirkung. Um die großen Massen von der Notwendigkeit gesteigerter Auspowerung wirklich zu überzeugen, muß also schon ein „Friedensangebot" gemacht werden. Das Kapital weiß natürlich, daß dies abgelehnt wird, und es weiß ferner, daß die Arbeiterklasse, die allein den Gemeinen Profit da herzuholen, wo er eben zu holen ist. Das Kapital weiß zu letzt, daß die Proletarier nicht wissen, was sie zu tun haben und sich von der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften ins Schlepptau nehmen lassen. Und das ist vorderhand natürlich geglückt. Wie lange, sei ganz dahingestellt.

Schon die Tatsache, daß man ein solches Blendwerk verpflichtet muß von den deutschen Proletariat, daß die meisten trotz ihrer „Bildung", auf die sie so furchtbar stolz sind, gar nicht merken, auf welch oberflächliche Weise sie hinters Licht geführt werden, zeigt, welch leichtes Spiel die Herren Kapitalisten und Sozialdemokraten aller Richtungen (auch der Ersatz Moskauer Marke) noch haben. Denn wonun geht es denn eigentlich?

In der Periode des kapitalistischen „Wiederaufbaus" hat dem Kapital neue Wege geöffnet. Es bezog sich in Entwicklung seiner Macht in gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Hinsicht, sowohl als auch in bezug auf die Ausplünderung und Niederhaltung des Proletariats. Die letztere Möglichkeit, und als Folge dessen natürlich auch die erstere, resultieren lediglich aus der Tatsache, daß das Proletariat eben noch an den kapitalistischen Aufbau glaubt und nicht begreift, daß es erwies, das Kapital zu stürzen, und die kommunistische Wirtschaft aufzurichten. Und wer nun einmal den kapitalistischen Wiederaufbau will, der wird eben von den Resultaten derselben trotz aller Schimpferei auf die schlechten Zeiten nicht verschont bleiben, die sich in fortschreitendem Zusammenbruch zeigen. Der Ruhrkrieg jedoch ist der lebendige Beweis gerade des Zusammenbruches der Erfüllungspolitik, und der Versuch der Fortsetzung derselben ist eben nur möglich um den Preis von weiteren Millionen Opfern.

Die Proletarier haben in den fast Jahren „Republik" noch nicht gemerkt, daß ihre so heiß geliebte Republik immer mehr in den Dalles hineingerät, während das Kapital sich konsolidieren konnte und ungeheure Gewinne einstreckte. Sie haben nicht gemerkt, daß das Kapital heute Republik ist, und die Figuren in dem demokratischen Kostüm eben weiter nichts kosten und können, als die Republik, die Kriegsmaterialien lieferanten aus den Mitteln der Republik zu bezahlen. Die Arbeiter haben des weiteren nicht gesehen, daß mit der fortschreitenden Entwertung der Mark und der damit verbundenen eigenen Aussaugung bei jeder „Wiederaufnahmungs"krise die Republik als einzige Garantie für ihre Gläubiger eben die Schwerindustrie und ihre Banknotenpresse bleiben. Daß in Konsequenz dessen die wirtschaftliche Macht des Kapitals ihren politischen Ausdruck finden mußte in der Diktatur des Kapitals über die Republik. Die deutschen Proletarier haben auch nicht gesehen, oder nicht sehen wollen, daß das deutsche Kapital als Gläubiger der demokratischen Republik nicht passiert gewesen hat die Zerstörung der Geschäftsmoral, wenn er diese vielgeliebte und vielbeschimpfte Republik immer tiefer in den Dalles hineinmanövrierte, wenn es stets das Monopol an Eisen, Kohle, Kali, Verkehr dazu benutzte, um die noch in den Händen der Republik befindlichen Mittel, Eisenbahnen, Post usw. entweder an sich zu bringen, oder den Weg dazu bereiteten, um im gegebenen Moment, wenn diese bankerotte Republik von ihren auswärtigen Gläubigern bedrängt wird, dieser zu sagen, daß man jemandem ohne Pfand kein Kapital vorstrecken kann, und dadurch nur um den Preis der „Lieferungen" das „Vaterland" zu retten bereit ist. Daß das Kapital durch die fortlaufende Entwertung der Mark den Preis für die lebensnotwendigen Rohstoffe, die demokratischen Herrschaftsleute gibt, von selbst immer mehr herbeiführte, und immer Preis mit dem dadurch erreichten Dalles immer geringer wurde. Auf der anderen Seite hat das Kapital diese Mark selbst abgestoßen und sich in ausländischer Währung eingedeckt. Der Bankerott der Republik war für das Kapital das Ziel, um auf dem Wege der Markentwertung, Finanzkrise, Papiergeldmassenhäufung, Sachsenaufstand, der Reaktion, und der dadurch ermöglichten Sicherstellung der Reaktion, und der demokratischen Herrschaftsleute einzusteuern. Hand in Hand damit war verbunden eine Konzentration und Monopolisierung in die gesamten Ausmaße. Aber alle Dinge haben ihre Gesetze. Diese Entwicklung war und ist keine gesellschaftliche Reproduktion, sondern ist eine Konzentration des Kapitals auf Kosten der Proletarier. Diese Konzentration ist nicht eine Erweiterung der Produktion, sondern sie ist verbunden mit fortlaufender Zerstörung der Kaufkraft und führt fortlaufend zu zwangsläufigen Produktionseinschränkungen. Der Profit jedoch ist geteilt durch die Monopolisierung aller unschädigbaren Produkte durch Ausschaltung der gesamten Konkurrenz. Die so herausgewachsene kapitalistische Macht, das ist in Wirklichkeit die Republik, und nach ihr hat alles lebhaft zu tanzen vom letzten Gewerkschaftsführer (auch wenn er sich „rot" nennt) bis zum Reichskanzler, der ruhig Demokrat und auch Sozialist sein kann, wie das deutsche Demokratien nicht sind.

Der „Dolchstoß"

Was an dieser Stelle schon wiederholt dargelegt wurde, (wozu eigentlich nicht sehr viel Scharfsinn notwendig ist) ist nun prompt und präzise eingetroffen. Dem Widerspruch zwischen der wirklichen Kaufkraft der Mark und der künstlichen Stabilisierung konnte das geopferte Reichsbankgold auf die Dauer nicht Stand halten. Der Bruch wäre vielleicht schon früher eingetreten, aber die Engagierung der Goldreserven des Reiches veranlaßten dasselbe, um nicht die ersten Sumpen sofort zu verlieren (und durch den Druck der Schwerindustrie), zu weiteren Einsätzen, bis es dem Herrn Reichsbankpräsidenten ging, wie schon manchem naiven Jüngling, der, in Berlin angekommen, „zufällig" in ein Kartenspiel mit allerlei „Freunden" geriet, um nach kurzer Anfütterung, vollständig ausgeleert zu werden. Die Bezeichnung, die der empörte Herr Havenstein seinen Freunden anhing, unterschied sich nicht wesentlich von der, mit welcher man solche Bahnhofshyänen zu kennzeichnen pflegt, nur, daß es sich in diesem Falle (nach Havenstein), um Verbrecher am „Vaterlande" handelt. Das nach dieser Bezeichnung verlangte und auch abgegebene Dementi konnte an der Sache selbst ebensowenig etwas ändern, wie an der Tatsache, daß diejenigen, die sich von dem Bluff der Stabilisierung einfangen ließen, eben nur das Opfer betrogener Betrüger geworden sind.

Nimmt man das Meisterstück der deutschen „Friedensnote" und den neuen Purzelbaum der deutschen Mark infolge der Note — und die Note war natürlich wiederum die Folge der innerpolitisch und vor allen Dingen wirtschaftlich völlig unhaltbar gewordenen Lage — so dürfte ihr jeden ziemlich klar geworden sein, was denn die Glocke eigentlich geschlagen hat. Vielleicht kommen die „Stützungstheoretiker" auf den Gedanken, zu den 500 Millionen Goldmark, die verpulvert sind, noch den Rest hinzufügen, und eine neue „Stützungsaktion" einzuleiten. Wenn sie Devisen benötigen, wird ihnen Herr Stinnes und seine Freunde gewiß dienen können. Die von ihm eingeschobenen Dollars zu einem Kurse von 20 000, sind bei ihm sicher zu dem jeweiligen Tagespreis zu haben. Daß unter dem Preis jemand Ware abgibt wird doch selbst der „anständigste" Geschäftsmann nicht verlangen, die verlangen ja noch nicht einmal die „Kostrollausschüsse" der KPD. Auch die Kleinbürger der SPD., die durch eine Kommission „Aufklärung" fordern über die Vorgänge am Devisenmarkt, werden doch wohl etwas die Schwerindustrie, die den ganzen Rest Devisen aufkaufen und der Republik ihre Mark wieder hinwarf, um ihm durch den herbeigeführten Marksturz die Produktion aufrechtzuerhalten, einsperren wollen. Sie müßten ja genau dasselbe mit allen destinegen tun, die infolge der von der deutschen Regierung in die Welt geschickten gefälschten Note, Devisen, die sie für ihre Waren, ohne ihnen in solch großen Mengen abliefern, daß die auf den ausländischen Märkten deponierten Goldreserven gar nicht gemangen werden, um dieselben durch Aufkauf von Devisen an der Börse abzuwehren. — Ein Fluch auf der ganzen Linie, in der nur das eine klar zu ersehen ist: die Schwerindustrie hat aus dem nationalistischen Tumel ein glänzendes Geschäft machen können — und wird es weiter machen können, wenn sich die Proletarier davon einlangen lassen. Das Spiel ist aus. Die Proletarier, die sich noch immer verblüden lassen von dem Geschrei über die Franzosen, und „Hundertschaften" bilden, bekommen in einer Woche genau die Hälfte von dem Lohn einer oder einiger Wochen vorher. Gewiß gibt es auch Dumme und ganz Dumme. Zu den ersteren gehören diejenigen, die auf den Schwindel der KPD. hereinfallen, daß der Kampf gegen den französischen Imperialismus vorgeführt werden müßte und trotz des Sabotage des deutschen Kapitals", sicherlich nicht.

Das deutsche Kapital konnte sich diesen Luxus des „Dolchstoßes" deswegen leisten, weil es genau weiß, daß die Gewerkschaften und alles, was mit ihnen verspitzt und verschwägert ist, alles tun werden, und müssen, um das Proletariat trotz der immer furchtbarer werdenden Ausplünderung niederzuhalten. Kapital und Gewerkschaften stehen im Kriege mit dem französischen Kapital. Das Ziel der Gewerkschaften ist die Rettung der Reichseinheit um jeden Preis. Das deutsche Kapital hat absolut nichts gegen diese Parole, ihm kommt es darauf an, daß der Druck, den es mit Hilfe der Gewerkschaften auf das französische Kapital ausübt, dieses zu Verhandlungen bringt. Die Gewerkschaften jedoch sind mit dem Moment in ihren Grundlagen erschüttert, wo der nationale Rahmen, in den sie gebettet sind, zerspringt wird, zerfällt, den Arbeitermassen die Unmöglichkeit des nationalen reformistischen Kampfes klar zeigt und so beweist, daß nur das international kämpfende Proletariat mit dem internationalen Klassenziel: Eroberung der Produktion durch die proletarische Diktatur einen Sinn hat. Aus diesem Grunde müssen und werden die Gewerkschaften trotz alles Geschreis den Befehlen ihrer Herren und Gebieter Folge leisten und dem Proletariat die verabreichten Schläge als unumgänglich notwendig nachweisen. Das Kapital wird sich diesen Liebesdienst gern gefallen lassen, und wird selbst feste in das nationalistische Horn blasen, bis unter dem Zwang der Verhältnisse eben Verhandlungen stattfinden. Als Stinnes sich seinerseits von den Gewerkschaftsführern die Vollmacht und Bürgschaft geben ließ, für die für ihn notwendigen Ueberstunden im Bergbau, kam er bekanntlich mit einem Privatvertrag, den er mit Lubersac abgeschlossen hatte, zurück und erklärte den schimpfenden und betrogenen Gewerkschaftsbonzen, daß die „Nation" nicht das Kabinett Wirth sei, sondern eben derjenige, der noch Kredit in der Welt hat. Und die Arbeiter, die heute die Fäuste ballen (in der Tasche) und „trotzdem" das „Vaterland nicht im Stich lassen", sie werden eben „trotzdem" immer mehr schuften müssen, weniger essen müssen, werden „trotzdem" Herrn Stinnes und dem deutschen Kapital die Geschäfte besorgen und, wenn Herr Stinnes die Mark hochgepumpt haben wird, bis es gar keine Taschen mehr gibt, groß genug, um den Segen zu tragen, dann wird das deutsche Kapital, wenn die Ausbeutung einmal seine natürlichen Grenzen gefunden und der demokratische Kramladen leergekauft ist, eben „trotzdem" das Vaterland „verraten". Im Prinzip ist die Internationalisierung ja schon in der deutschen Note festgelegt. Man wird natürlich keine „Lostrennung" vollziehen. Man w